

Rheinische Volkszeitung

Telegramm-Adresse:
Volkszeitung Wiesbaden.

Wiesbadener Volksblatt

Fernsprecher: In Wiesbaden Nr. 636,
in Oestrich Nr. 6, in Eltville Nr. 216.

Die „Rheinische Volkszeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 4 Uhr.
Haupt-Expedition in Wiesbaden, Friedrichstr. 30; Zweig-Expeditionen in Oestrich (Otto Giesecke), Markt-
straße 9 und Eltville (H. Fobisch), Ecke Gutenberg- und Taunusstraße. Ueber 200 eigene Agenturen in Köln.

Donnerstag

12

März

Bezugspreis für das Vierteljahr 1 Mark 95 Pfg., für den Monat 65 Pfg., frei ins Haus; durch die Post für
das Vierteljahr 2 Mark 87 Pfg., monatlich 70 Pfg., mit Postgebühren. - Anzeigenpreis: 20 Pfg. für die kleine Zeile
für auswärtsige Anzeigen 25 Pfg., Kleinanzeigen 1 Mk.; bei Wiederholungen wird entsprechender Nachlass gewährt.

Chefredakteur: Dr. phil. Franz Geueke

Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Dr. phil. Geueke; für den anderen
redaktionellen Teil Julius G. Giesecke; für Geschäftsverhältnisse und Anzeigen
J. J. Dajmen; Druckerei: Kallmayer'sche Buchdruckerei, Einmal
1871/14; Jahrbuch mit Kalender.

32. Jahrgang.

Nr. 58 — 1914

Regelmäßige Freitellagen:

Wöchentlich einmal: „Wöchentliches Wiesbadener Unterhaltungsblatt „Stern
und Blumen“; viermalig: „Wöchentliches Sonntagblatt“. Zweimal
jährlich: Sommer- und Winter-Kalender mit Jahresplan. Einmal
jährlich: Jahrbuch mit Kalender.

Parteidisziplin

Es ist ein beliebtes Thema in der uns feindselig gesinn-
ten Presse, über den „Radabergeschramm“ der Zentrums-
wähler zu schreiben. Inwiefern freilich hört man dasselbe Thema
auch in anderer Variation. Da weisen unsere Gegner, wenn es
in ihrem eignen Lager wenig brüderlich zugeht, die Parteigenossen
mahnd auf das Zentrum hin. Dort würden alle Sonderinteressen
dem großen Ganzen untergeordnet und das sei der Grund, warum
der Zentrumssturm nach wie vor ungeschwächt in die Luft rage.
Die Behauptung ist teils richtig, teils falsch. Erfreulicherweise
müssen wir feststellen, daß unsere Wähler in den Wahlkreisen, wo
es hart auf hart geht, immer die vielgerühmte Zentrums-
treue gewahrt haben. In der Einigkeit und Geschlossenheit
verdanke unsere Macht und ihnen haben wir manchen Triumph zu
verdanken. Anders freilich sieht es in jenen Wahlkreisen aus, die
zu dem sogenannten bombensicheren Bestände gehören. Man
überstreift wohl kaum, wenn man sagt: In den sicheren Be-
zirken hat keine Partei soviel Schwierigkeiten ge-
habt, wie das Zentrum. Hingewiesen sei beispielsweise auf den
Wahlkreis Eisen-Ruhr, wo in den siebziger Jahren sich immer
zwei Zentrumskandidaten gegenüberstanden, auf den Wahlkreis
Rheinberg-Elpe-Melsche, wo 1 1/2 Jahrzehnt hindurch der nicht-
offizielle Zentrumskandidat gewählt wurde. Mehrfache Zustände
haben wir wiederholt in dem Reichstagswahlkreise Braunsberg-
Görlitz, dann auch in Bären. Nun ist in den letzten Tagen die
Zentrumsgefahr wiederum um einen neuen Fall bereichert wor-
den. In dem bayerischen Landtagswahlkreise Amberg
findet demnächst eine Ersatzwahl statt. Dem offiziellen Zen-
trumskandidaten ist vonseiten der Arbeiter eine Arbeiter-
kandidatur entgegengesetzt worden. Betont werden muß,
daß es sich nur um eine ganz kleine Gruppe handelt. Der über
1000 Mitglieder zählende Amberger Arbeiterverein hat sich mit
der Aufstellung der Kandidatur nicht einverstanden erklärt und
hat an der offiziellen Kandidatur fest. Es werden also in Am-
berg zwei Kandidaten der Zentrumsparthei um das Mandat ringen.
Jeder Zentrumsanhänger muß es auf das Tiefste be-
wahren, daß immer wieder solche Spaltungen herbeigeführt
werden. Ganz abgesehen davon, daß eine tiefe Verbitterung durch
die Agitation notwendigerweise in unsere Wahlkreise hineinge-
tragen wird, wir können und den Luxus von zwei Kandidaten
auch in sicheren Bezirken nicht leisten, ohne daß unser Bestand auf
das Bedenklichste gefährdet wird. Denn wie lange wird es dauern,
und auch in den zweifelhaften Beständen wird die Gärung sich
einfinden und darum muß von vornherein allen Versuchen, die
Reihen der Geschlossenheit zu lockern, entgegengetreten werden.

Man klagt in den letzten Jahren soviel über den Nieder-
gang des Parlamentarismus. Zweifellos sind die Man-
geln der deutschen Parlamentaristik vorüber. In diesem
rapiden Niedergang ist die Kandidatenfrage zweifellos nicht
in letzter Linie beteiligt. Früher kam bei der Aufstellung einer
Kandidatur in erster Linie die Fähigkeit in Frage. Die Reden, die
heute in der Frankfurter Paulskirche gehalten wurden, sind
heute für jeden Politiker eine Fundgrube. Damals gehörten
dem Parlament die intellektuellen Spitzen der deutschen Bevöl-
kerung an. Heute hat sich die Situation infolge der großen Auf-
stellung eines Kandidaten in Frage kommen. Daß
diese Praxis schwere Nachteile im Gefolge hat, ist selbstverständlich.

Hier sei eines vorausgeschickt. Jede größere Partei wird
darauf dringen müssen, aus allen Kreisen der Bevölkerung Ver-
treter in das Parlament zu entsenden. Das hat bisher die Zen-
trumsparthei in unübertroffener Weise getan. Sie hat in ländlichen
Bezirken Arbeiter aufgestellt, hat zahlreiche bäuerliche Grundbesitzer
in ihren Reihen, desgleichen Handwerker, Kaufleute usw.
Das ist, wie gesagt, notwendig. Aber man darf nicht übersehen,
daß die Parlamente in erster Linie zur Gesetzgebung
vorhanden sind und daß darum u. a. der Juristenstand eine
breite Berücksichtigung erfahren muß. Wenn die Sozialdemokratie
heute mit leeren Händen vor das Volk tritt, dann be-
ruht das nicht zuletzt auf der Tatsache, daß sie in genannter Hin-
sicht ein Manco aufzuweisen hat. Nicht umsonst verteilt diese
„Arbeiterparthei“ ihre Mandate an die Akademiker, wenn sie nur
irgendwelche hat.

Für sehr schädlich halten wir das unbedingte Verlangen,
einen Vertreter aus dem betr. Wahlkreis auch ins Parlament
zu delegieren. Ja, das Verlangen geht vielfach noch weiter. Ge-
wöhnlich beispielsweise zu einem Wahlkreise zwei Bezirke, dann ver-
langt der Bezirk, welcher für die Partei die meisten Stimmen auf-
bringt, daß er nun auch den Kandidaten stellt. Und so wird ein-
fach irgend ein Mann präsentiert, von dessen Befähigung man
bisser nichts gehört hatte. Die Komitee in dieser Beziehung manche
schäbige Einzelheiten erzählen, wie Kandidaten von den politischen
Parteien kaum eine Ahnung hatten, geschweige denn eine ver-
nünftige Ansicht über irgend eine politische Frage zu äußern im-
stande waren. Die betr. Kandidaten sind auch — wir möchten
ausdrücklich betonen, daß es sich nicht um die Zentrumsparthei
handelt — gewählt worden und üben nun ihr Mandat stumm
aus. Und dieweil reiben sich andere Parteigänger in unermüdlicher
Tätigkeit an schwierigen Punkten auf; sie erhalten trotz ihrer
Befähigung kein Mandat, weil sie eben das Unglück haben, nicht
aus den vakanten Wahlkreisen zu sein.

Auch die Forderung, daß der Stand des Kandidaten
von dem Stande der Wähler, daß also beispiels-
weise in einem großindustriellen Wahlkreise ein Arbeiter, in einem

ländlichen Bezirke ein Bauer aufgestellt werden müsse, ist zu ver-
werfen. Diese Forderung ist hergeleitet worden aus der ganz
falschen Ansicht, daß beispielsweise der Arbeiter nur mit den
Bauern, der Bauer nur mit den Bauern mitfühlen könne. Eine
solche Ansicht ist falsch, wie die Geschichte lehrt. Die wärmsten
Befürworter und Verteidiger einer energischen Arbeiterpolitik sind
in erster Linie die Akademiker gewesen. Träger der Zentrumssozial-
politik sind nach wie vor die Abgeordneten Justizrat Trimborn
und Universitätsprofessor Dr. Hise. Das gleiche gilt für die Land-
wirtschaft.

Selbstverständlich — das sei noch einmal betont — muß es
das Bestreben sein, alle Stände des Volkes im Parlament ver-
treten zu sehen. Die Arbeiter, Bauern, Kaufleute usw. tun darum
ganz recht daran, in den örtlichen Parteiorganisationen auf eine
Vertretung ihrerseits zu dringen. Aber wenn einmal die offi-
zielle Leitung eine Parole ausgegeben hat, dann darf es nicht
mehr zu Spaltungen kommen, dann müssen die Einzelwünsche
dem Gesamtinteresse untergeordnet werden.

Giollittis Abgang

Die Krisengerüchte, die seit einiger Zeit in der ita-
lienischen Presse das Kabinett Giollitti ohne jeden ersichtlichen
Grund schwankend nannten, haben sich bewahrheitet. Giollitti ist
wieder einmal von der Ministerpräsidentenstellung zurückgetreten,
nicht als Gezwungener, sondern fast wie ein Triumphtor. Als
er das letzmal im April 1911 an die Spitze des Kabinetts trat,
da entwickelte er ein Programm, an dessen Durchführbarkeit selbst
seine Gegner nicht recht glauben wollten; doch der kluge Politiker
und Diplomat hat es verstanden, selbst die Erwartungen seiner
Freunde zu übersteuern. Er hat das neue Wahlrecht durchgeführt,
das über 5 Millionen neue Wähler geschaffen hat; er hat auch die
staatliche Versicherung geschaffen und, was ihm die Italiener wohl
am höchsten anrechnen, unter seiner Ministerpräsidentenschaft hat
Italien sich in Afrika ein großes Kolonialreich erworben. Und
jetzt, wo die Kammer soeben erst mit erdrückender Mehrheit die
Kosten der afrikanischen Expedition bewilligt hat, wo erst am
Donnerstag die Kammer mit gewaltiger Mehrheit der Regierung
ihre Vertrauen ausgesprochen hat, geht Giollitti.

Den äußeren Anlaß zu seinem Rücktritt entnimmt Giollitti
dem Uebergang der Radikalen zur Opposition, als ob der Verlust
der etwa 60 radikalen Stimmen die Sicherheit der erdrückenden Re-
gierungsmehrheit irgendwie hätte gefährden können. Als ob nicht
gleich ersichtlich wäre, daß Giollitti mit den Radikalen ein abge-
fertiges Spiel treibt, das ihn vor Schwierigkeiten, die die nächste
Zukunft bringen wird, bewahren und seine Popularität erhalten
soll. Giollitti hat die Kosten für den libyschen Krieg bewilligt
erhalten und auch der Senat wird dem Beschluß der Kammer seine
Zustimmung gewiß nicht verweigern. Dann aber kommt die jäh-
wercere Frage: wie bringen wir die Kosten auf, woher soll die Deckung
genommen werden. Die Bewilligung und die Einbringung neuer
Steuern ist in Italien ein ebenso undankbares Geschäft wie anders-
wo und Giollitti will sich darum nicht der Gefahr aussetzen, beim
Volk mißliebig zu werden, zumal die Steuervorschläge des Finanz-
ministers sich kaum mit den demokratischen Forderungen, die
Giollitti so gern vertritt, decken dürften. Und noch aus einem an-
deren Grunde sah Giollitti jetzt den Zeitpunkt für einen guten
Weg gekommen. Schon die nächsten Monate werden in der Kammer
die Erörterungen über das von ihm eingebrachte Ehe-
scheidungsgesetz bringen, bei denen es zu heftigen Auseinander-
setzungen zwischen den Konservativen und den Radikalen kommen
müß. Giollitti hat aber freis mit den Gemäßigten geliebte Augen
erweitert, daß auf die 150 Abgeordneten, die mit katholischer Hilfe
gewählt worden sind, Rücksicht zu nehmen ist. Die Deckungsgesetze
und das Zivilgesetzbuch sind darum wohl auch die Klippen, die
dem Regierungschiff Giollittis gefährlich geworden sind, sobald
er es für besser hielt, das Schiff zu verlassen, ehe es an diesen
Klippen zerbröckelte.

Der 70jährige denkt aber wohl nicht daran, die Ruhe des
Alters zu genießen; er wird der heimliche Premier-
minister bleiben und hinter den Kulissen seine Politik weiter
spielen lassen, bis der Augenblick gekommen ist, wo sein oder seine
Nachfolger über die Giollittische Erbschaft gestraubelt sind, um
dann mit Hilfe seiner Getreuen als Retter des Vaterlandes sich
aufzuwerfen. Der Nachfolger Giollittis, wer es auch immer sein
mag, wird mit der Lösung der Deckungsfrage weder für sich noch
seiner Partei viel Dank ernten. Daraus spekulieren Giollitti, sowohl
wie die Radikalen und leben wahrscheinlich der Hoffnung, daß die
Parteien, die für die Deckung sorgen werden, beim Volke an Kredit
verlieren, die anderen aber gewinnen werden. Die Hoffnung auf
einen Klod der Linken ist auch in Italien sehr lebendig und vielleicht
hat das jetzige Mandat Giollittis letzten Endes nur den Zweck,
diesem Einfluß die Wege zu ebnen. Und Deutsche interessieren bei
der Demission des italienischen Kabinetts vor allem die Frage,
wer als Nachfolger San Giuliano die Geschäfte der auswärtigen
Politik Italiens leiten wird. Das gute Verhältnis, das sich
zwischen den Dreieinigkeitsstaaten bei den Vorgängen der
letzten Zeit so häufig gezeigt hat, läßt aber die Hoffnung vollumfänglich
berechtigt erscheinen, daß auch in Zukunft die auswärtige Politik
Italiens ganz im Sinne und in Uebereinstimmung mit den ver-
bündeten Staaten geführt werden wird.

Deutsches Reich

Der Truht eine Gefahr für das Wirtschaftsleben

Unter Truht versteht man heute ein wirtschaftliches Unter-
nehmen, das darauf ausgeht, alle konkurrierenden Einzelunter-
nehmen zu unterdrücken, um eine Vorzugsstellung im Austausch-
verkehr einzunehmen. Er verwendet Millionen und Abermillionen,
um Betriebe aufzukaufen, aber nicht, um sie weiter zu betreiben,
sondern, um sie für den freien Wettbewerb lahmzulegen. Wäre
der Truht in seinem Ursprungslande, dem Lande der geschäftlichen
Wirtschaftslogik — in Amerika — geblieben, so brauchen wir
uns weniger mit ihm zu beschäftigen. Wie sehr er dort dem
Wirtschaftsleben geschadet hat und noch schadet, hat der jetzige
Präsident Wilson oft genug ausgesprochen. Er versucht sehr mit
Wesegen den Truht zu bekämpfen. In welcher Weise der Truht die
Lebensmittel verteuert, davon ein Beispiel! Während in den Ab-
hängern des Biertrunks im Staate New York 22 Millionen Bier
lagern, von denen das Dubend mit 75 Pfg. angelauft wurde,
kostet dort ein Dubend Bier in den Wintermonaten 3,50 Mark.

So werden die Preise in die Höhe getrieben. Nahrungsmittel
läßt man verderben, ja vernichtet sie lieber, als daß man sie mit
einem niedrigen Gewinn verkauft. Jeder ehrlich Denkende findet
ein solches Verfahren nichtswürdig und gemein. Aber was fragen
die Truhtleute danach, wenn sie nur ihre vielen Millionen ein-
streichen können. Nachdem den Truhtleuten in Amerika scharf auf
die Finger gesehen wird, verlegen sie den Sitz ins Ausland und
suchen auch dieses zu brandstiften.

Nach Deutschland hat dieser Riesenbolw sein Arme
ausgestreckt, um es wirtschaftlich aufzusaugen, und leider haben
sich in Deutschland Leute finden lassen, den Bolwpen mit Nahrung
zu versorgen. Der amerikanische Truht hat sich zunächst die Ta-
bakraucher als seine Opfer auserkoren; sie sollen ihm die
Taschen füllen helfen. „Was geht es mich an?“ werden Nicht-
raucher sagen. „Rauchen ist sowieso ungesund, da schadet es nichts,
wenn die Zigaretten und Zigaretten teurer werden.“ Wer so spricht,
weiß nicht, welche Rolle der Tabak in unserem Wirtschaftsleben
spielt. Einige Ziffern sollen seine Bedeutung zeigen. Er liefert
nicht dem Getreide dem Reiche die höchsten Zolleinnahmen, im
Jahre 1912 über 130 Millionen Mark. Die Zigaretten-
steuer brachte 1912 allein — 34 1/2 Millionen Mark
ein. Ueber 200 000 Personen beschäftigen die deutsche Tabakindustrie;
dazu kommen noch 20 000 selbständige Zigaretten- und
Zigarettenhändler, ihre Angestellten nicht mitgerechnet.
Jährlich werden jetzt 12 Milliarden Zigaretten bei einem
Durchschnittspreis von 2 1/2 Pfg. verbracht, also für 300 Mil-
lionen Mark.

Diese Zahlen werden es jedem erklärlich machen, warum
sich der Truht des Tabaks bemächtigen will. Hier kann er die
größten Gewinne mit Leichtigkeit einheimen. Jetzt rechnet man
in der Zigarettenindustrie mit einem Gewinn von 10 Prozent.
Sind aber die Zigarettenfabriken vertruhtet, so fallen alle Aus-
gaben für Reisende und Bekleiden fort, der Gewinn kann leicht
auf 40 bis 50 Prozent gesteigert werden, beträgt also dann
über 150 Millionen Mark. So viel fließt dann in die
Taschen der amerikanischen Dollarhölzer.

Doch nicht nur die Fabrikation der Zigaretten und Zigaretten
soll vertruhtet werden, sondern auch der gesamte Handel mit Tobak-
tabak, die Fabrikation des Verpackungsmaterials von Zigaretten
und Zigaretten soll abhängig vom Tabaktruh gemacht werden.
Wer hindert denn den Truht, für eine 2-Pfeinig-Zigarette 3 oder
4 Pfg. zu fordern, um so seinen Gewinn zu verdoppeln? Der
selbständige Zigaretten- und Zigarettenhändler hört mit der Ver-
truhtung der Zigaretten und Zigaretten auf zu existieren. Alle Ver-
käufer sind dann Angestellte des Truht, die ihnen jetzt zufließenden
Zwischengewinne schluckt dieser dann auch. Geschäfte und Restau-
rateure erhalten dann ebenfalls nur eine kleine Entschädigung
für den Zigaretten- und Zigarettenverkauf.

Soll das deutsche Volk tatlos zusehen, wie jährlich unge-
zählte Millionen ins Ausland wandern? Es muß eine Ehrenpflicht
für jeden Deutschen sein, nur Zigaretten und Zigaretten von Firmen
zu rauchen, die dem Truht nicht angehören. Erfreulicherweise trat
sich auch die Staatsregierung. Nach Ostern soll eine Enquete
über die Beziehungen des englisch-amerikanischen Tabaktruh zur
deutschen Zigarettenindustrie in die Wege geleitet und den Mit-
gliedern des Reichstages Gelegenheit geboten werden, den Er-
örterungen beizuwohnen. Möge daraus allenthalben die Erkennt-
nis hervorgehen, daß in dem Vorgehen des britisch-amerikanischen
Tabaktruh eine schwere Gefahr für die deutsche Volkswirtschaft
liegt und das Tabakgewerbe im besonderen.

Begen das Duell

Der Duellgebanke hat durch das gräßliche Meher
Duell einen neuen, schweren Stoß bekommen. Es hat zweifel-
los auch bei den letzten Duellgebanen in der Duellkommission
des Reichstages nachgewirkt und Duellgegner und Duellfreunde
zu einem Kompromiß gezwungen gemacht. Der Fall in Weg hat
ja das Widersinnige des Duells auch dem schärfsten Duellfreund
so recht vor Augen gehalten. Ein Offizier verfährt die Ehefrau
seines Kameraden zum Ehebruch. Der empörte Offizier muß
den Schänder seiner Familienehre auf Befehl des Ehrenrats
vor die Pistole fordern. Der andere aber schießt besser als er.
Der Bericht schießt den Mann der von ihm verführten
Frau über den Haufen, und damit soll der Ehegen gelaut
und der Ehebruch und Berrat am Kameraden gesühnt sein!

Seit Jahren geht das Bemühen der Zentrumsfraktion des
Reichstages darauf aus, gerade solche Fälle des Duells in der
Armee unmöglich zu machen, oder wenn sie vorkommen, sie
nicht nach einem Ausnahmegericht glorifizieren zu lassen.
Das war das Verderbliche an der ganzen Duellfrage. Bis jetzt
wurde das Duell nicht nur als nichts Schlechtes und Schlimmes
angesehen, sondern gewissermaßen als eine besondere Verdien-
tat unter ein besonderes Recht gestellt. Das mußte
immer wieder zum Duell anreizen. Daß der Duellant, auch
wenn er den anderen tötete, niemals eine entsetzliche Strafe
erleidet, sondern zu seiner Erholung auf die Festung geschickt
wurde zu ein paar Monaten Festungshaft mit der üblichen Be-
anlagung, diese Gewissheit konnte jedenfalls keinem Menschen
vom Duell abschrecken.

Es ist bezeichnend, daß auch Parteien des Reichstages, die für
sich in Anspruch nehmen, nach christlichen Grundsätzen Politik
zu treiben, bis jetzt sich zu keiner entschiedenen Bekämpfung
des Duells entschieden konnten. Für unsere Armee war es
keine Ehre, daß gerade die höchsten Stellen in der Armee unser
Offizierskorps noch immer nicht kulturell so hochstehend erachteten,
daß sie auf das Duell in der Armee verzichten zu können
glaubten. Tatsächlich ist doch das Duell keine Ausübung höherer
Kultur. Es kann nicht einmal ein Zeichen eines höheren und feiner
ausgebildeten Charakters sein. Es ist Tatsache, daß sich die
Prinzen der regierenden Häuser ebenfalls wie die Träger der
Armee selber zum Duell anreizen und duellieren. Es wird be-
hauptet, daß ausdrückliche Verbote des Prinzen der regieren-
den Häuser das Duell oder die Teilnahme am Duell unterbieten.
Auch die Mitglieder des Hochadels, der landesherrlichen Häuser,
duellieren sich tatsächlich nicht und fordern sich gegenseitig nicht.
Benigens ist das die Regel. Es auch im Hochadel und zwischen
den landesherrlichen Häusern bestimmte Vereinbarungen bestehen,
die eine Forderung zum Duell und den Duellkampf in der Regel
verbotener machen, oder ob es in diesen ersten Kreisen bloß eine
Tradition ist, welche das Duell verpönt, ist schließlich gleichgültig.
In jedem Fall sind diese Tatsachen charakteristisch. Die Prinzen
der regierenden Häuser duellieren sich nicht. Wenn Hochadel und
bei den landesherrlichen Häusern ist das Duell verpönt. Aber
kein Mensch, auch kein Offizier, wird behaupten wollen, daß
die Prinzen der regierenden Häuser und die Mitglieder des
Hochadels einen geringeren Ehrbegriff hätten, als irgend ein Leut-
nant oder Studentischer Kowale.

In den letzten Tagen ist in der Duellkommission des Reich-
stages ein bedeutungsvoller Antrag angenommen worden, der
namentlich auch für die Armee Beside legt in den bisherigen
Duellhandbuche. Der Antrag bestimmt, daß sowohl der
Duellierende, wie der zum Duell Fordernde anstatt mit
Festungshaft, mit Gefängnisstrafe von gleicher Dauer bestraft

werden soll, sobald der Täter den Zweifelsfall freudlich ver- schuldiget hat. Gewiß legt auch dieser Antrag immerhin die Ge- fängnisstrafe noch in das Betreiben der Gerichtsentscheidung und bestimmt nicht für alle Fälle Gefängnisstrafe.

Der Begriff des freudlichen Verschuldens ist in der Straf- gesetzgebung neu. Aber die Motivierung des Antrages und die Begriffe werden diesen Begriff bald fest umgrenzen. Jeder weiß, was mit diesem freudlichen Verschulden gemeint sein soll. Jedes Duell, das unehren Notizen entwirft (Ehebruch, Demütigung aus Rache, die Karriere, geistliche Provokationen und Täuschungen usw.) fällt doch wohl unter diesen Begriff des freudlichen Verschuldens.

Das wichtigste aber ist in diesem Antrag, daß das Duell wenigstens in bestimmten Fällen der Gloriole des besondern Rechtes beraubt ist und wie ein gewöhnliches Verbrechen be- handelt wird. Das muß der erste Schritt sein zur Beseitigung des Duellzwanges und der Duellmoral überhaupt. Es wird wenige Duelle geben können, die aus reinen und edlen Motiven entstanden sind. Alle Parteien des Reichstages haben sich in der Kommission auf diesen Kompromiß geeinigt. Auch das Plenum des Reichstages wird am Freitag wohl mit einstimmigem Be- schluss den Antrag gutheißen. Das Gewicht eines einstimmigen Beschlusses, der im Reichstag bei solchen wichtigen Fragen zu einer Seitenliste zählt, wird auch den Bundesrat und namens- lich gewisse Kreise an der Spitze der Armee zur Wenderung ihres bisherigen Standpunktes veranlassen.

Ärzte und Krankenkassen

Berlin, 11. März. Die Vertreter der Ärzte- und Krankenkassenverbände trafen in ihren heutigen Ver- handlungen im Reichsamt den Innern als Ausführungsbestim- mungen zu Nr. 11 des Berliner Abkommens nähere Vereinbarun- gen über die Berechnung und Abführung der Kassen- und Arzt- beiträge zur Deckung der Abfindungs Kosten. Als Stelle, an die die Beiträge von den Kassen abgeführt werden sollen, wurde die Königliche Preussische Seehandlung bestimmt. Dann fand eine ausgedehnte Besprechung über die kassenärztlichen Verhältnisse in einigen Orten statt, in denen zurzeit noch auswärtige Ärzte tätig sind. Es wurde beschlossen, umgehend erneut darauf hinzu- wirken, daß auch in diesen Orten das Berliner Abkommen zur Geltung kommt. Die Vertreter der Krankenkassen erklärten, in diesem Sinne nachdrücklich weiter tätig sein zu wollen.

Die heftige Befoldungsreform

Darmstadt, 11. März. Ueber die Befoldungsvor- lage wurde heute abend zwischen den Ausschüssen der beiden Kamern der Landstände und der Regierung eine völlige Einigung erzielt. Die Einigung erfolgte auf Grund folgender Ge- haltestaffel für die Volksschullehrer: 1. Klasse 1450 Mark; 2. Klasse 1550 Mark; 3. Klasse 1750 Mark; 4. Klasse 1900 Mark; 5. Klasse 2100 Mark; 6. Klasse 2300 Mark; 7. Klasse 2500 Mark; 8. Klasse 2600 Mark; 9. Klasse 3000 Mark; 10. Klasse 3300 Mark; 11. Klasse 3800 Mark. — Die Vorlage wird am Freitag im Plenum der Zweiten Kammer zur Verabschiedung kommen.

Schlafwagen dritter Klasse

Schlafwagen dritter Klasse werden bereits in aller kürzester Zeit eingestellt werden. Die Wagen sind schon im Bau und werden zunächst in den Abzügen gefahren werden, die ganz oder doch zum größten Teil aus Schlafwagen bestehen, wie z. B. auf den Strecken Berlin—Wien und Berlin—Frankfurt a. M. Der Minister erklärte bei einer Beratung, unter 5 Mark könne er aber die Platzkarte nicht ausgeben. Dieser Preis wird als hoch angesehen, da die Bettkarten zweiter Klasse nur um ein Geringes teurer sind. In einem Schlafabteil dritter Klasse werden drei Personen gegenüber zwei in der zweiten Klasse untergebracht. Der Minister scheint durch die Schlafwagen dritter Klasse eine erhebliche Ab- wanderung von der zweiten in die dritte zu fürchten.

Kleine politische Nachrichten

— Die Korfureise des Kaisers wird nach endgültiger Festsetzung am 22. März, abends beginnen. Die Kaiserin beab- sichtigt, ihrem Gemahl zu folgen, doch wird sie aus Familien- rücksichten wahrscheinlich erst kurz vor Osnabrück einreisen. Der Aufenthalt dort dürfte bis in die ersten Tage des Monats Mai ausgedehnt werden.

— Die Wiedereinrichtung einer braunschwei- gischen Gesandtschaft am preussischen Hofe wird in einer Vorlage gefordert, die am Mittwoch dem braunschweigischen Land- tag zugegangen ist. Der letzte braunschweigische Gesandte in Berlin war bis 1907 20 Jahre lang Freih. v. Gramm-Burgdorf. Auch Preußen ist gegenwärtig in Braunschweig nicht durch einen be- sonderen Gesandten vertreten. Preussischer Gesandter für Olden- burg, Braunschweig und beide Lippe ist der Kammerherr Dr. v. Dumbrecht in Oldenburg.

— Der Postverkehr. Im Reichspostgebiet ist die Zahl der Kontoinhaber im Postverkehr Ende Februar 1914 auf 88.633 gestiegen. (Zugang im Monat Februar 901.) Auf diesen Postkonten wurden im Februar gebucht 1439 Mil- lionen Mark Guthabens und 1426 Millionen Mark Verlusten. Das Gesamtgut haben der Kontoinhaber betrug im Februar durch- schnittlich 196,6 Millionen Mark. Im Verkehr der Reichspost- schenkämter mit dem Postsparkassenamt in Wien, der Postsparkasse in Budapest, der belgischen und luxemburgischen Postverwaltung sowie den schweizerischen Postsparkassen wurden 7,8 Millionen Mark umgesetzt, und zwar auf 3120 Übertragungen in der Rich- tung nach und auf 15.330 Übertragungen in der Richtung aus dem Auslande.

Strasburg, 11. März. Die Zweite Kammer setzte heute vormittag die dritte Staatsberatung fort. Dabei wurde an die Regierung das einstimmige Ersuchen gerichtet, eine Tent- schrift vorzulegen zur Klarstellung des in Esch-Verträgen ge- wählten Rechtszustandes bezüglich des Eingreifens militärischer Ge- walt in die Polizeigewalt ohne vorherige Requisition der Zivilbehörden. Eine Resolution der Sozialdemokraten betr. die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe wurde im Hinblick auf die dem Reichstag vorliegende Materie abgelehnt. Beim Unter- richtsminister trat der Abgeordnete Dr. Pfeiffer (Zir.) die An- sicht, daß die jüdischen Lehrer nicht zurückgesetzt würden.

Ausland

Oesterreichs innerpolitische Lage

Wien, 10. März. Nachdem die Ausgleichsverhandlungen zwischen Tschechen und Deutschen gescheitert sind, haben die tschechischen Radikalen und Agrarier im Abgeordnetenhaus sofort wieder mit der Diskus- sion begonnen; das Haus mußte seine Beratungen schon vor deren Beginn auf acht Tage (bis Donnerstag) aussetzen. Inzwischen ist der Ministerpräsident bemüht, Ordnung zu schaffen, muß aber, da es keinen einheitlichen Verband der deutsch-böhmischen Abgeordneten mehr gibt, mit jeder einzelnen deutschen Parteigruppe verhandeln. Der deutsche National- verband hat äußerlich seinen Bestand gerettet, indem er das Einzige be- schloß, was sämtlichen deutsch-böhmischen Parteien noch gemeinsam ist, nämlich die Erklärung, daß die Regierungsvorlagen zum Ausgleich nicht als Grundlage für die Ausgleichsverhandlungen dienen können. Wenn nun das Abgeordnetenhaus wieder zusammentritt, wird, falls die Be- handlungen des Ministerpräsidenten erfolglos sind und die Obstruktion der tschechischen Radikalen und Agrarier auch neue einsetzt, der Minister- präsident das Haus entweder abermals vertagen oder auf- lösen müssen. Da die Tschechen verlangen, es sollen sofort die Re- wahlen zum böhmischen Landtag angeschlossen werden, die Deutschen das aber zurückweisen, ist an ein Gelingen der Bemühungen des Minister- präsidenten kaum zu denken. Löste er das Abgeordnetenhaus auf, so würden auch die Delegationsmandate der vom Abgeordnetenhaus ge- wählten Delegierten erlöschen. Das will Graf Stürgkh vermeiden. Nach hofft man, die Tschechen von der Obstruktion abwendig zu machen, viel- leicht durch das Eingreifen des Kaisers selbst. Sonst wird es allem Anschein nach zur neuerlichen Vertagung des Hauses kommen. Damit ist aber wieder die Gelödnung der Militärvorlage und des Anleihe- gesetzes auf dem Wege des Paragraph 14 ausgeschlossen, jedoch der Ministerpräsident gewisse Zeit, doch nach den gestrichenen Ausgleich wieder einzusetzen — wie, darüber herrscht allerdings völliges Dunkel. Einwachen sieht man keine Weg. Die Lage wird noch erschwert durch

den insowischen ausgebrochenen Skandal im Lager der tschechi- schen Radikalen.

Verbot der Auswanderung aus Oesterreich

Wien, 11. März. Widerspruch erregt ein Erlaß des Mi- nisters des Innern, der entgegen dem Staatsgrundgesetz allen männlichen Personen zwischen dem 17. und dem 35. Lebensjahr die Auswanderung schlechthin verbietet. Der Mi- nister engt damit die in dem Gesetz gezogenen Schranken der Freizügigkeit noch weiter ein. Sollte die Entscheidung des Ver- waltungsgerichtshofes gegen diesen Erlaß angerufen werden, müßte sie unbedingt gegen diesen Erlaß ausfallen. Aber diese Anrufung ist noch ungewiß und außerdem kann bis dahin noch viel Zeit vergehen. Inzwischen werden die Grenzen überwacht und nie- mand, der der Auswanderung verdächtig ist, wird ohne Paß über die Grenze gelassen. Paße aber stellt die Behörde nur solchen Leuten aus, die sich nicht zwischen den in dem Erlaß gezogenen Alters- grenzen befinden. Bei der in Oesterreich herrschenden Arbeits- losigkeit ist die Maßregel geradezu unverständlich und jedenfalls eine Ausgeburt des Militarismus, die von niemand gutgeheißen werden kann. Es ist doch eine Frage, ob sich nicht noch Schwierig- keiten wegen der Wanderarbeiten ergeben werden.

Von der Balkanhalbinsel

Die Räumung von Epirus

Athen, 11. März. Die „Agence d'Athene“ meldet: Die Räu- mung von Epirus wird fortgesetzt. Der Bezirk Kolonia wurde gestern der albanischen Gendarmerie ohne Zwischenfall übergeben.

Aus dem Fürstentum Albanien

Der Fürst von Albanien hat den holländischen Major Thomason zum Generalvollmachtigten für die beiden Distrikte Koritsa und Argrocastro ernannt, indem er ihm gleichzeitig alle Machtbefugnisse zur Durchsetzung der ihm übertragenen Vertrauens- mission bezüglich der Aufrechterhaltung der Ruhe, sowie der Or- ganisation der verschiedenen Verwaltungszweige erteilte. Thomason hat sich mit mehreren holländischen Offizieren nach Santi Quaranta begeben, um von dort an den Bestimmungsort zu ge- langen. Die Kontrollkommission ist nach Valona zurückgekehrt.

Soziales

Berlin, 11. März. Abg. Kovch fragt im Reichstage an: „Ist dem Herrn Reichsminister bekannt, daß die Krankenver- sicherungspflicht der Kinder, die in bäuerlicher Wirtschaft ihrer Eltern beschäftigt werden, von diesen Landkrankenversicherungen selbst dann als vorliegend erachtet wird, wenn diese Kinder nicht das geringste Entgelt, sondern nur Wohnung, Nahrung und Kleidung erhalten? Ueber dieses der Reichsversicherungsordnung nicht entsprechende Verhalten ist in ländlichen Kreisen eine große Missstimmung ent- standen, die noch dadurch vergrößert wird, daß oft in benachbarten Landkrankenklassen eine hiervon verschiedene Auffassung über die Krankenversicherungspflicht solcher Kinder herrscht, und daß in Städten die in ersterlicher Wirtschaft beschäftigten Hauskinder niemals für Krankenversicherungspflichtig erklärt worden sind. Was gebietet der Reichsminister zu tun, um der ungleichen und vielfach zu weit- gehenden Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen entgegenzu- treten?“

Schiffenburg, 11. März. Der Zentralverband chri- stlicher Fabrik-, Verkehrs- und Hilfsarbeiter hat seinen Bericht über die Lohnbewegungen, Streiks und Erfolge im Jahre 1913 heraus- gegeben. Nach demselben waren 3915 Mitglieder oder 87 Proz. der Verbandsmitglieder an Lohnbewegungen beteiligt. Allein führte der Verband 56 Lohnbewegungen und 68 mit anderen Verbänden. In 33 Fällen war der Verband an Streiks beteiligt. Die erreichten Lohnerhöhungen betragen pro Jahr 387.708 Mark. Daneben war es möglich, Arbeitszeitverlängerungen von 112.502 Stunden zu er- zielen. 50 Tarifverträge wurden abgeschlossen, und zwar für 133 Betriebe mit 11.986 Beschäftigten, darunter 2233 Verbandsmit- glieder. Dazu kommen noch eine Anzahl sonstiger Erfolge, wie Zuschläge für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Aner- kennung der Organisation, Urlaub usw.

Kirchliches

Rom, 10. März. (Die Fastenpredigten im Vatikan.) Der H. Vater, das Kardinalkollegium und die Prälaten des Vatikan, haben am 27. Februar der ersten Fastenpredigt des apostolischen Predigers Vater Lukas von Padua aus der Kapuzinerorden bei- gewohnt. Die Fastenpredigten finden jeden Freitag der Fasten- zeit, außer dem Karfreitag, im Thronsaal des Vatikan statt. Der Prediger spricht von einer Kanzel, die im Thronsaal auf- gestellt wird; dort nehmen die Kardinal- und Bischöfe, die Prä- laten, die Ordensoberen, die Dozenten der Peterskirche und die diensttunenden Geheimkammerer ihre Plätze ein. Der H. Vater wohnt der Predigt ungesehen hinter einer spanischen Wand an. — Das Amt eines apostolischen Predigers ist schon sehr alt. Seit 1743 wurde dieses Amt dem Kapuzinerorden übertragen, der es seither beibehalten.

Aus aller Welt

Deutsche Lokomotiven für Südafrika

London, 10. März. Die „Times“ meldet, daß die sü- dafrikanische Regierung einen Kontrakt über den Bau von 10 Loko- motiven der Firma Maslow in München zugewiesen hat. Die englischen Lokomotivbauer hätten sich nicht zu einer frühzeitigen Lieferungsfrist verpflichtet können.

Zum Ueberfall auf die Töchter Liman v. Sanders

Konstantinopel, 11. März. Das Kriegsministerium ver- öffentlicht folgende Note: Einige ausländische Zeitungen bringen falsche und übertriebene Nachrichten über das Erlebnis der Töchter des Marschalls Liman. Die amtliche Untersuchung stellte fest, daß es sich um gewöhnlichen Diebstahl handelt. Als die beiden Töchter Limans in Begleitung des Oberleutnants Perrinet v. Thauvenay am 27. Februar bei Beitos spazieren gingen, wurden sie von drei Arbeitern einer Militärfabrik, die sich als Beamte ausgaben, aufgefordert, stehen zu bleiben. Der Oberleutnant, der kein Tür- kisch verstand, glaubte, daß man sie im Verbaute habe, von den Be- fehlungen am Bosphorus Aufnahmen machen zu wollen. Er war eben im Begriffe, den Arbeitern die Handtaschen der Damen und den Inhalt seiner Taschen zu zeigen, als die Arbeiter die Porte- monnaies an sich rissen und flüchteten. Sie wurden sogleich ver- folgt und festgenommen. Natürlich werden sie für ihr Vergehen entsprechend bestraft werden.

Wains, 11. März. (Ein Dieb im Dom.) Als gestern morgen der Tomfalter den Dom besuchte, entdeckte er in der Kirche einen Mann, der anscheinend die ganze Nacht dort zugebracht hatte. Der zweifelhafte Gast versuchte sofort zu flüchten, wurde aber von dem Küster verfolgt und auf der Ludwigstraße festgehalten. Bei der Durchsichtung des zweifelhafsten Individuums fand man 8,50 Mark, die er einem Opferstock im Dom entnommen hatte, nachdem er ihn in aller Ruhe in der Nacht erbrochen konnte. Der Dieb hatte sich abends, als der Dom geschlossen wurde, ein- schließen lassen, um ungehindert in der Nacht sein dunkles Handwerk ausüben zu können.

Münster b. Bingerbrück, 10. März. 370 Prozent Gemeindefin- anlagen. Trotdem seitens der Gemeindeverwaltung an allen Ecken und Enden gespart wurde, mußte für das Jahr 1914 der Steuer- satz abermals erhöht werden. Kummere werden nicht weniger als 370 Prozent der Staatssteuer an Gemeindefinanz erheben. Oberhein-Idar, 10. März. Die Regierung weist darauf hin, daß nach vorläufiger Feststellung seit Wirkung des General- parsons mindestens sieben Millionen Mark Kapitalvermögen im Fürstentum Birkenfeld mehr angemeldet wurden als vorher.

Ein hoher Prozentsatz, wenn man berücksichtigt, daß bisher im Fürstentum etwa 38 Millionen Mark Kapitalvermögen angemeldet waren. Diese Feststellungen erstrecken sich nur auf das mehr ange- meldete Kapitalvermögen, nicht auf das Grund- und Betriebs- vermögen.

Mannheim, 11. März. Man erinnert sich, daß vor einigen Monaten in einem Keller in einem Mannheimer Hause 10 mumifizierte Kindesleichen gefunden worden sind und daß unter dem Verdacht, die Kinder ums Leben gebracht zu haben, eine Frau und mehrere ihrer Angehörigen verhaftet worden sind. Die Untersuchung hat ergeben, daß die Mumifizierung der kleinen Leichen durch die Temperatureinflüsse des Kellergewölbes geschehen ist. Dagegen hat sich der Verdacht gegen die in Haft genommene Frau und ihre Angehörigen nicht aufrecht erhalten lassen. Sie sind inzwischen aus der Haft entlassen worden und das Verlahren mußte eingestellt werden, da der Täter nicht zu ermitteln war.

Karlsruhe, 10. März. Die verschiedene Blätter melden, forderte das Hochwasser in Baden und Württemberg am Montag fünf Todesopfer.

Düsseldorf, 11. März. Als heute morgen ein Genarm in Ratingen den Fabrikarbeiter Wilhelm Kornblum wegen Korb- versuchs verhaften wollte, feuerte Kornblum auf den Beamten mehrere Revolverkugeln ab. Der Genarm wurde lebensgefährlich verletzt. Kornblum versuchte darauf, sich selbst zu erschießen, wurde aber von einem anderen Genarmen festgenommen.

Krassberg i. B., 10. März. Die Unregelmäßigkeiten bei der Spar- und Darlehnskasse in Mlagen sind weit größer als anfänglich angenommen wurde. Der Fehlbetrag beläuft sich auf 145.000 Mark. Es hat sich herausgestellt, daß der verhaftete Rentant Dicks auch Fälschungen der Bücher und Belege vor- genommen hat.

Sildesheim, 11. März. (Das Ende vom Lied!) Ein zwar nicht Aberraschender, aber immerhin nicht uninteressanter An- schlag ist augenblicklich am Sildesheimer Standesamt zu lesen. Dort befindet sich folgender Aushang: Das Eheverprechen haben angemeldet: Alberti, Christian Joseph Franz, ledig, Doctor romanus, altkatholischer Geistlicher, von Sildesheim, wohnhaft in Bern, geboren zu Sildesheim, den 26. Oktober 1874 und Ludewig, Johanna Katharina, ledig, ohne Beruf, von Tuisburg, wohnhaft in Grenchen, Kanton Solothurn, geboren zu Domberg (Grenchen) den 15. 12. 79. — Zivilstandskreis Bern. Angehängen in Sildes- heim, den 8. 2. 14.

Dresden, 11. März. Seit einigen Tagen ist Rechtsanwält Gähner von hier verschwunden.

Berlin, 10. März. Zum Studium der deutschen Postbe- richtung ist, nachdem erst vor einigen Tagen der englische General- postmeister zu demselben Zwecke anwesend war, der General- direktor des holländischen Postwesens in Berlin eingetroffen.

Hamburg, 11. März. Der vor einigen Tagen in Gux- haben verhaftete Kirchenräuber, der sich Leo Jarbin nannte, ist jetzt durch die Hamburger Polizei überführt worden, in der Nacht zum 2. Januar in Neepholt den Pastor Voets, der ihn bei dem Kirchentaube Aberraschte, erschossen zu haben. Der Verbrecher heißt richtig Ernst Soale und stammt aus Königsberg. Er ist vielfach schwer verurteilt und in furchtbar verstümmeltem Zustande tot aufge- funden wurde.

Aus Schlesien, 10. März. Die Unterschlagungen bei der Profewiser Spar- und Darlehnskasse durch den Rentanten Köhler wurden auf 51.076 Mark festgesetzt. Der größte Teil dieser Summe wird durch das gesamte Vermögen des Königs, auf welches Arrest ausgebracht wurde, gedeckt. Für den Restverlust von etwa 7000 Mark wird jedes haftbare Mitglied mit je 100 Mark herangezogen.

London, 11. März. Auf schreckliche Art verunglückte gestern der Militärflieger Hauptmann Dornier vom Northampton-Regiment. Als er über Upavon auf einem Zweidecker 2000 Fuß hoch flog, explodierte der Motor, worauf der Unglückliche zur Erde herabstürzte und in furchtbar verstümmeltem Zustande tot aufge- funden wurde.

Konstantinopel, 10. März. Wie aus dem Armeniergebiet Bittis gemeldet wird, zerstörte dort ein Erdbeben 442 Häuser, 2 Leichen sind bis jetzt geborgen. Die Regierung sandte 100 Gelta für die Obdachlosen ab.

New-Orleans, 10. März. Nach einer funkentelegra- phischen Meldung aus dem Hafen Esiba im Staate Honduras wütet dort ein riesiges Feuer. Zurzeit der Wsendung der Neubau waren 25 Häuserblocks in der Stadt zerstört und andere sind von dem gleichen Schicksal bedroht. Der Schaden wird auf 10 Mil- lionen Dollars geschätzt.

Berichtsjaal

Bimburg, 10. März. (Schwurgericht.) Hier wurde gegen den Bergmann Gustav Imhäuser von Eiserfeld wegen Stahls- chloßverbrechens verhandelt. Imhäuser ist bei den Gerichten eine bekannte Persönlichkeit. Die Verhandlung wurde unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt und endete mit der Verurteilung zu 2 Jahren Zuchthaus.

Koblenz, 10. März. Das Kriegsgericht der Komman- dantur verurteilte gestern abend nach zweitägiger Verhandlung den Hauptmann Vogel vom Bezirkskommando Köln, früher beim Infanterie-Reg. Nr. 68 in Koblenz, wegen Meineids zu fünf Monaten Gefängnis und Dienstentlassung, den Hauptmann Lins vom Fuß-Artillerie-Reg. Nr. 9 wegen Meineids und unerlaubter Entfernung zu fünf Monaten Gefängnis und Dienstentlassung, und den Leutnant und Adjutanten Ziegler vom Fuß-Artillerie-Reg. Nr. 9 wegen Beihilfe zur unerlaubten Entfernung des Lins zu 14 Tagen Stubenarrest. Die beiden Hauptleute hatten in einer Eheheubungsfrage unter Eid unwahre Aussagen gemacht. Als durch spätere Ermittlungen sich die tatsächlichen Verhältnisse ergaben, wurden die beiden Hauptleute in Haft genommen. Der Adjutant Ziegler hatte den Hauptmann Lins von seiner bevor- stehenden Verhaftung benachrichtigt, worauf Lins nach Durgem- burg fuhr, jedoch nach zwei Tagen wieder zurückkehrte. Von der erlittenen Unteruchungshaft wurde den beiden Verurteilten je ein Monat angerechnet. Während der ganzen Dauer der Verhand- lung war die Öffentlichkeit wegen Gefährdung militärischer Interessen und wegen Gefährdung der Sittlichkeit ausgeschlossen.

Mannheim, 11. März. Die Strafkammer verurteilte heute den Landwirt Georg Dehous von Friedrichsfeld, der als Rechner der Landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaft die Summe von 13.000 Mark und als Kirchenrechner die Summe von 3000 Mark unterschlagen hatte, zu einem Jahr Gefängnis. Dehous war das Opfer von Remittentagenten geworden.

Luxemburg, 11. März. Bischof Lopez von Durgem- burg, der zu 26 Francs Geldstrafe verurteilt wurde, weil er in einem Hirtenbrief den Katholiken das Lesen einer Anzahl glaubens- feindlicher Zeitungen verboten hatte und gegen den von einem Blatte daraufhin die Verleumdungsflagge angestrengt war, hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Von Lahn und Westerwald

h. Hadamar, 11. März. Der geizige, neu eingeführte Rindvieh- und Schweinemarkt war fast mit Berken und Pannern besetzt. Rindvieh war weniger stark vertreten. Der Handel war lebhaft, jedoch schon gegen 11 Uhr der Markt zu Ende war. Die Preise waren bei Rindvieh hoch; kleinere Schweine teuer. Es galten schwere frischefleischende Rinde 600 M., leichtere 400—450 M., Rinder 300—400 M.; kleinere Schweine von 5 Wochen an das Paar 40—50 M., größere 60—70 M., Einleger 100 bis 120 M.

i. Selters, 10. März. Dem verstorbenen Postmeister Loh, dem Gründer des Selterserwaldklubs, will man hier einen Gedenkstein (Waldblock mit Bronzeafel) errichten.

Rennerod, 10. März. Der Kreisauschuss des Kreises Siegen, sowie die hiesige Handelskammer haben sich für den Bau einer neuen Westerwaldbahn Burbach-Rennerod mit Ab- zweigung bei Lippe über Hof nach Fehlbühlhausen ausgesprochen.

Bom Main und Zaunus

153 000 Mark unterschlagen

h. Griesheim a. M., 11. März. Die Unterschlagungen des Dr. Geisenberger stellen sich immer mehr als eine Katastrophe heraus, die die geschädigte Gemeindefinanzkraft in ihren Grundfesten erschüttert. Bis jetzt sind 153 000 Mark unterschlagener Gelder festgestellt. Das Gesamtvermögen der Genossenschaft beträgt 350 000 Mark. Dr. Geisenberger bezog von den Elektrowerken ein Gehalt von 25 000 Mark, war aber trotz dieses sehr hohen Einkommens über und über verschuldet. Da er weit über seine Verhältnisse lebte, war man in eingeweihten Kreisen schon seit längerer Zeit darüber klar, daß der finanzielle Zusammenbruch desselben nur noch eine Frage der Zeit war. In ein solches Ende hatten allerdings nur wenige gedacht, obwohl man auch darüber schon allerorten murrte, daß in der Genossenschaftsstufe etwas nicht klappte.

u. Weidenstadt, 11. März. (Naturfurosum) Hier warf die Kuh des Landwirts Phil. Döring zwei resp. drei Kübber. Das zweite resp. dritte Kalb waren an der Brust zusammengebacken und besaßen 1 Kopf mit 3 Ohren. Die übrigen Teile der Tiere waren normal ausgewachsen: 8 Beine, 2 Leiber, 2 Schwänze. Die Tiere waren tot und selbst die Kuh fiel dem Konstrum zum Opfer.

u. Bom Main, 11. März. (Zu viel Vergnügen) Man schreibt dem höchsten Kreisl.: „Trotz der vielen Festlichkeiten vor und zur Karnevalszeit scheinen diese noch nicht ihr Ende erreicht zu haben, obwohl immer über die schlechten Zeiten geklagt wird. Am vergangenen Sonntag mußte die Polizei in einem hiesigen Tanzlokal die von einem aus 17 Mitgliedern bestehenden Verein „geschlossenes Vergnügen“ angemeldete Veranstaltung schießen, weil letztere sich als eine gewöhnliche öffentliche Tanzveranstaltung charakterisierte, wozu eine Genehmigung nicht erteilt war. Da es den Anschein hat, daß einzelne Tanzsaalbesitzer immer noch einige zweifelhafte Vereine an der Hand haben und unter der Flagge eines dieser Vereine öffentliche Tanzbelustigungen veranstalten, wird die Polizei fortan der Tätigkeit dieser Vereine, wozu insbesondere die vielen hier bestehenden sogenannten „Kameradschaften“ gehören, eine besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Aber auch einzelne Tanzlehrer scheinen sich in den Dienst der Tanzsaalbesitzer zu stellen, indem dieselben unter der Flagge der „ehemaligen Tanzsaalbesitzer“ öffentliche Tanzbelustigungen veranstalten.“

u. Weidenstadt, 10. März. Bei der letzten Gemeindevertreterversammlung trug sich folgendes Ereignis zu: Die 2. Klasse hatte einen Vertreter zu wählen und einen Gesandten für den vor einem Jahre vorzeitig ausgeschiedenen Vertreter Börner, für den seine Periode. Eine Wählergruppe stellte den Landwirt Ed. Dörhöfer 5 auf für die jährliche Dienstzeit und einen anderen als Ersatz für 2 Jahre. Die Gegengruppe ließ nun ihren einen Kandidaten fallen und stellte den Dörhöfer auch auf, aber nur für 2 Jahre. Ein Teil der Wähler wählte ihn nun für 6 Jahre, ein anderer Teil für 2 Jahre. Das Resultat ist, daß Dörhöfer ein Ersatz für 2 Jahre gewählt ist und außerdem noch mit seinem Gegner in Stichwahl steht; er erhielt nur 2 Stimmen weniger als dieser.

u. Sindlingen, 11. März. (Gemeindevertreterwahl) Heute fand die Wahl der 2. und 1. Klasse statt. Von 169 Wählern der 2. Klasse gaben 65 ihre Stimme ab. Die seitberigen Vertreter Jean Metz (Hb.) und Andreas Schmidt (Hr.) wurden einstimmig wiedergewählt. In der 1. Klasse wählte der einzige Wähler den seitberigen Vertreter Johann Schäfer wieder und für den ausgeschiedenen Karl Koch den Kaufmann Gustav H. Kessenbach. Die Wahlbeteiligung war vonseiten der einheimischen Bürgerschaft sehr gering, während die Arbeiter und Beamten der Forstwerke fast vollständig zur Wahl erschienen waren.

u. Oberursel, 10. März. Das bekannte Hotel „Schüppenhof“, welches mehrere Wunderskater lang im Besitze der Familie Koch war, ging zum Preise von 140 000 Mark an Gebr. Ulrich aus Cronberg über.

u. Königheim, 11. März. Bei der Submission der Arbeiten zur Verlegung des Nachbottes in der Hauptstraße wurden fünf Angebote abgegeben und zwar betrug das Höchstgebot 10 734 M., das Mindestgebot 4 978,20 Mark.

u. Uffingen, 11. März. Der gestern abgehaltene Viehmarkt war sehr besucht. Der Handel lag viel zu wünschen übrig. Auf dem Rindviehmarkt wurden 65 Tiere zum Verkauf, während der Schweinemarkt 392 Ferkel und 2 größere Tiere aufwies. Die Preise auf dem Schweinemarkt waren: Bis 6 Wochen alte 20 bis 25 M., 6-8 Wochen alte 25-30 M., 8-13 Wochen alte 30-40 M., 3-4 Monate alte 40-50 M., 4-5 Monate alte 50 bis 60 M., über 5 Monate alte 60-70 M.

u. Höchst, 11. März. Das zweite Jahr seines Bestehens schloß der Windthorshund durch eine Generalversammlung ab. Der Bericht über das vergangene Jahr war günstig, der Besuch betrug ungefähr 40 %. Da der Zentrums-Verein in Höchst nicht so ist, wie ihn viele gerne hätten, so ist es doppelt erfrischend, daß der Windthorshund auf dem Wege ist, von durch ständige Tätigkeit bahnbrechend zu wirken. Der Beitrag für ein ganzes Jahr beträgt für ordentliche Mitglieder nur 4 M., unter kostenloser Zustellung der Zeitschrift „Das Zentrum“; es wäre zu wünschen, daß die Zentrumsanhänger die Gelegenheit, sich politisch bilden zu können, benutzen würden. Die Aufnahme an Mitgliedern betrug 15. Der rege Geist, der ein Programm mit 19 Vorträgen für das nächste Halbjahr aufzustellen vermochte, beweist, daß es auch im Höchstler Zentrum vorwärts geht, und daß Gewähr für eine weitere glänzende Entwicklung gegeben ist.

u. Frankfurt a. M., 11. März. Der ehemalige Fährjunge Otto Schaaf, der den Völkerei Ansat Simanowski

überfiel und beraubte, hat ein umfassendes Geständnis abgelegt. Schaaf führte die Tat mit voller Ueberzeugung aus, um in den Besitz des Geldes, das Simanowski bei sich führte, zu gelangen.

Bom Rhein

h. Sattenheim, 11. März. Bei der heutigen Versteigerung des Phil. Burckhardtschen Wohnhauses fiel daselbst zum Preise von 2500 Mark an Herrn Bürgermeister a. D. Heimes.

h. Johannisberg, 10. März. Bei der heute vorgenommenen Ergänzungswahl zur Gemeindevertretung wurde in der 2. Klasse Herr Verwalter Grandjean gewählt.

h. Geisenheim, 11. März. Eine hiesige Bekirna bemerkte seit einiger Zeit ein Bettes Abhandenkommen ihrer Erzeugnisse. Sie fühlte sich veranlaßt, einen Detektiv in ihrem Geschäft einzustellen, was vor etwa vierzehn Tagen geschah. Der Detektiv arbeitete als Tagelöhner und nahm mit seinen Mitarbeitern immer mehr Fählung, worauf er bald die Tüde entdeckte. Erkern wurde auf seine Veranlassung hin eine größere Anzahl Arbeiter sofort entlassen.

h. Radesheim, 12. März. Für das neu zu erbauende Gaswerk hat die Gemeinde an der Geisenheimer Landstraße etwa drei Morgen Grundstücke erworben und zwar ein Grundstück von 3. Tollenheimer-Maschmann zum Preise von 75 M., St. Sturm 40 M., M. Weidertenden 20 M., Wwe. Wang 30 M., Wwe. Klein 35 M. und Franz Kaiser 30 M. die Rute. — Durch das völkisch eingetretene Hochwasser mußte die Firma Holzmann u. Co. an dem Brückenbau bis auf weiteres den Betrieb einstellen. Eine Anzahl Arbeiter, meistens aus Bayern, ist nach ihrer Heimat abgereist.

h. Pochhausen, 11. März. Sonntag, den 15. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet im Saale „Zum Rebstock“ eine allgemeine Versammlung statt, in welcher zunächst ein Vortrag über Organisation der Winzer und Landwirte gehalten wird. Darauf folgt ein Referat über die „Kassatische Lebensversicherungsanstalt“. Bei der Wichtigkeit der zur Behandlung kommenden Gegenstände ist die Teilnahme an dieser Versammlung zu empfehlen.

h. Braubach, 11. März. Als der Dampfer „Deutschland“ der Köln-Düsseldorfer Gesellschaft an der hiesigen Landbrücke anlegen wollte, rannte er infolge des Hochwassers mit solcher Heftigkeit gegen die Brücke, daß eine der schweren Befestigungsanker riß. Das Schiff erlitt erhebliche Beschädigungen, konnte jedoch die Fahrt fortsetzen. — Die erste Schneepflüge wurde durch Herrn Phil. Salzig geschossen. Auch Herr Weinbändler Herrn. Schmitt erlegte ein prächtiges Exemplar einer Schneepflüge.

Theater, Kunst, Wissenschaft

Berein der Künstler und Kunstfreunde

3ehntes Konzert. Auch auf dem Gebiete der Instrumentalkunst ist das „Schwache Geschlecht“ längst erfolgreich in Wettbewerb getreten. Namen wie Carlotta Stubenrauch, Marie Rogner-Solbat, Stefi Weber, Irma Seubel, Anna Degner haben in der Musikwelt einen guten Klang. Und zu den Guten zählt auch die Solistin des gestrigen Abends, Fräulein Teresa Sarata aus Wien. Eine Geigerin, die nach Seiten der glanzreichen, transparenten, von echter Empfindung durchdrungenen Tonkultur und der spielerischen Ueberrwindung alles Technischen eine beachtenswerte Stufe der Vollkommenheit erreicht hat. Wie sie mit ihrem Instrumente die herrliche Beethoven-Sonate op. 47, das köstliche Sandt-Konzert G-dur, und, bis auf einige miherrante, widerstrengliche Klageleit-Bässe und -Griffe das bravouröse Beethoven-Sonate „La clochette“ von Paganini (als von Pöyt bearbeitetes Klavierstück unter dem Titel „La campanella“ bekannt) meisterte, mit dieser rastlosen, nervigen, rhythmischen Bravour, dieser ganzen Virtuosität, Sicherheit und geistigen Ueberlegenheit, das war bewundernswert und ließ den rauschenden Beifall verstehen, der sich großer Geigenkunst zuteil ward. Die leichtbeschwingte Strate gibt ihrem Spiel etwas Sonniges. . . Die guten Intentionen Teresa Saratas wurden am Flügel von Herrn Professor Franz Mannsbaedl pianistisch wirksam unterstützt. Bescheiden und elegant, wie immer, feuerte er noch einige Klavierrolloschen bei: „Chromatische Fantasie und Fuge“ von J. S. Bach und Schumanns „Humoreske“ op. 20, von dem Publikum schönlich gelehrt. Da ist die Forderung Robert Schumanns „Spiele Klavier, wie man einem Freunde die Hand drückt“, restlos erfüllt, so warm und von Herzen kommend, meinte er doch wohl. — So fang denn der Schlußabend dieser vornehmen Konzerte, die sich zu einem hochbedeutenden, an Anregung und künstlerischen Genüssen reichen Faktor des Wiesbadener Musiklebens entwickelt haben, in würdigster Weise an. Dank gebührt noch besonders für das mischerhafte Arrangement dem rührigen und kunstverständigen Vereinsdirektor Herrn Dr. Hardtmuth.

Heinz Gorrenz-Abend im Kurhaus

Einem vollen Erfolg konnten die Veranstalter des gestrigen Heinz Gorrenz-Abends huchen. Zahlreiche Besucher Gorrenz'scher Muse waren herbeigeeilt, um den Worten des Meisters zu lauschen und sich an seinen Dichtungen zu erfreuen. Als Einleitung in der Vortragsfolge hielt Gorrenz selbst einen Vortrag über Weltensbürgertum und Deutlichkeit in der deutschen Literatur unserer Zeit. Es war ein zukunftsreiches Dessen zu der sich der Dichter in seinen, was will scheinen, etwas zu summarischen Ausführungen hinsichtlich der Renaissance deutscher Dichtkunst bekannte. Einbringlich legte er seinen Hörern aus Ders, die Weltanschauungen derjenigen Dichter zu unterrichten, die wohlverstanden das Weltbürgertum

mit Deutlichkeit und nationaler Bewusstheit zu verbinden erstreben. In die Erledigung der Vortragsfolgen selbst teilten sich Herr Rudolf Willner-Schönan (vom Residenztheater) und Frau Elise Gorrenz-Tenschert, die ihre Aufgabe mit großem Verständnis und großem Erfolge lösten. Der Dichter hatte eine gute Auswahl aus seinen Gedichten getroffen: Einigen Zeit- und Streitgedichten (Wie Junges, Wenn der Frühlingsdunst, Im Agadir, Die Freiheit, Königin Louise, Wisnarsch folgten Dichtungen aus Leben und Liebe (Bekanntnis, Nitterliche, Sommer, Hofensauer, Wie mein Kind heißen soll, Das Volkslied) um mit den Recken echter deutscher Heimatliebe über Rhein und Wein (Der blinde Schah von Somet, Rheinwein, Wie die Brüder von Radesheim, Rheingauer Herzhild) zu schließen. Die Vortragenden verstanden es in ausgezeichnete Weise, die prächtigen Dichtungen mit ihrer unübertrefflichen Sprache lebendvoll zu Gehör zu bringen. Lebhafter Beifall, der sich besonders am Schluß zu einer herzlichen Ovation für den Dichter gestaltete, folgte jedem Vortrag. Dr. B.

Aus Wiesbaden

Kirchliche Wahlen

Nachdem in den letzten Tagen die konstituierenden Versammlungen der kirchlichen Körperschaften der drei Pfarren unserer Stadt stattgefunden haben, setzen sich die Spitzen dieser Körperschaften wie folgt zusammen.

Gesamtverband

a) Die Vorsitzenden der drei Kirchenstände, b) der drei Gemeinde-Vertretungen und c) je ein von den beiden Körperschaften jeder Pfarrei in gemeinschaftlicher Sitzung fest gewähltes Mitglied, zusammen also 9; a) die drei Pfarren (als Vorsitzende der Kirchenstände), b) die Vorsitzenden der drei Gemeinde-Vertretungen: Justizrat Halbe (St. Bonifatius), Reinier Döhmer (Maria Hilf), Prof. Dr. Hermann Bauer (Dreifaltigkeit) und c) die drei gewählten Mitglieder: Kaufmann Dahn (St. Bonifatius), Oberpostsekretär a. D. Kampe (Maria Hilf) und Landgerichtsrat Wilhelm Schmitz (Dreifaltigkeit).

In stellvertretenden Vorsitzenden der Kirchenstände wurden gewählt: Verwaltungsratsdirektor Abg. Linz (St. Bonifatius), Oberpostsekretär a. D. Kampe (Maria Hilf), Landgerichtsrat Wilhelm Schmitz (Dreifaltigkeit).

Zu stellvertretenden Vorsitzenden der Gemeinde-Vertretungen: Rechnungsrat Trimborn (St. Bonifatius), Gymnasiallehrer Dagebauer (Maria Hilf), Regierungssekretär a. D. Rechnungsrat Bauch (Dreifaltigkeit).

Zentrumswahlverein

Die diesjährige Generalversammlung mußte inabetracht der reichhaltigen Tagesordnung an zwei Abenden durchgeführt werden. Die Leitung lag in den Händen des 1. Vorsitzenden, des Herrn Justizrats Laaff und des stellvert. Vorsitzenden, des Herrn Stadts. Fink. Vor Eintritt in die Tagesordnung des zweiten Verhandlungstages gedenkt der Stadts. Fink des großen Zentrumsführers Windthorst, dessen Sterbtag am 14. März sich jährt. — Am 2. März waren es 11 Jahre, daß Herr Justizrat Laaff den Vorsitz im Zentrumswahlverein übernommen und geführt hat. 11 Jahre sind eine lange Zeit, und ein Beweis dafür, wie sehr man die Tätigkeit des 1. Vorsitzenden schätzte. Die Arbeit im politischen Leben bedeutet: Kampf, es sind Kriegsjahre und diese müssen doppelt gekämpft werden. Wer nun auf eine so lange Dienstzeit zurückblickt, hat das Recht auf Dankbarkeit und Anerkennung sich erworben — und diese hat der Zentrumswahlverein seinem langjährigen, verdienten Führer nicht vorenthalten. Durch einstimigen Beschluß der Generalversammlung hat der Zentrumswahlverein Wiesbaden gestern Abend Herrn Justizrat Laaff zu seinem Ehrenvorsitzenden ernannt. — Infolge dieser Ernennung war die Stelle des 1. Vorsitzenden frei geworden; diese hat man bei der vorgenommenen Ersatzwahl durch Herrn Chefredakteur Dr. Geucke beiegt. Nach erfolgter Wänderung des 4. der Statuten befehlt der Vorstand einstimmig außer dem Vorsitzenden aus 10 gewählten und 5 kooptierten Mitgliedern (Stadtverordneten, Pressevertreter und Arbeitersekretäre). Nach Erledigung der Vorstandswahl setzt sich der neue Vorstand wie folgt zusammen: Justizrat Laaff, Ehrenvorsitzender; Chefredakteur Dr. Geucke, 1. Vorsitzender; Stadtverordneter Fink, stellvert. Vorsitzender; Kaufmann Grünberg, Kassierer; Arbeitersekretär Kraemer, 1. Schriftführer; Redakteur Etienne, 2. Schriftführer; Beisitzer: Stadtverordn. Andres, Dr. Berberich, Delan Gruber, Kaufmann Greiff, Kaufmann Knäbber, Tapeziermeister D. Müller, Wäschereibesitzer Koll-Dussong, Stadtverordneter Dohs, Major a. D. Ohlendorff, Metzger E. Rauch und Kaufmann R. Schweizer. Der vorgetragene Geschäfts- und Kassenbericht ließ auf eine recht anregende Tätigkeit im Verein schließen. Es wurden 7 Vorstandssitzungen, 3 Mitglieder- und 1 Generalversammlung abgehalten; hinzu kommen die Besprechungen der einzelnen Ausschüsse und Kommissionen. Die Mitgliederzahl hat wiederum eine Zunahme erfahren; dementsprechend sind auch die Kassenverhältnisse. Wenn der Verein auch nicht in der Lage war, eine entsprechende Summe auf die „hohe Kante“ oder in den Reservefonds zu legen, so war es ihm doch möglich seinen notwendigen Verpflichtungen nachzukommen. Aber nichtsdestoweniger ergeht an alle Parteifreunde die Bitte, die Vereinskasse durch außergewöhnliche freiwillige Beiträge zu unterstützen. Die Einnahmen im letzten Jahre betragen rund 700 Mark. Dem Kassierer, dem für seine mühselige Arbeit der Dank der Versammlung und Rutter sowohl wie Tochter konnten sehr lebhaft und lebenswürdig sein.

Gräfin Laßbergs Enkelin

Roman von Fr. Lehne

14. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Konstanz gewahrte die Photographien von Yvonne's Eltern, die das junge Mädchen an das Nachschärfen an ihrem Bett gehellt hatte. Mit gespanntem Interesse betrachtete sie das vornehme Kassegesicht des Grafen Laßberg.

„Ihr Herr Vater? — Ich finde, er sieht gar nicht aus wie ein Franzose; er gleicht eher einem deutschen Offizier.“

„Aber Mama umfomehr doch; sie stammt aus Tours.“

„Ihre Eltern sehen noch sehr jung aus.“

„Sie haben auch früh geheiratet und sind früh gestorben; Mama starb in ihrem siebenundzwanzigsten und Papa im sechsunddreißigsten Lebensjahr; er war herrlich.“

In ihrer Stimme zitterten Tränen, und Konstanz war taftvoll genug, nicht weiter zu fragen.

Die Tage vergingen in allerlei Nichtigkeiten; Yvonne kam nicht zur Ruhe, hatte aber doch nichts Anstrengendes getan, wenn sie am Abend tobnüde ihr Lager aufsuchte.

Konstanz fing so vielerlei an, hatte aber zu nichts Ausdauer. Sie trieb ein wenig Kunstgeschichte und Literatur, dann wieder Musik, sprach zwischen durch Französisch und Englisch, und hauptsächlich für Italienisch wünschte sie Yvonne's Unterricht.

Es sollte alles wie spielen sein; ernsthaftes Lernen strengte sie an, auch die Lust fehlte dazu. Sie meinte, die Unterhaltung müsse alles bringen; Grammatik und Übungsbücher seien langweilig. So hatte es Yvonne bei solcher Unbeständigkeit sehr schwer; aber sie gab sich redlich Mühe mit ihrer launenhaften Schätzerin, die sie doch öfters mit ihrer Sanftmut und Energie zwang.

„Sie sind ein Tyrann, Mademoiselle; aber es ist recht, daß Sie nicht nachgeben!“ erkannte Konstanz manchmal ihr Bemühen an.

Es war hier doch manches anders wie auf Burgau, an das sich Yvonne erst gewöhnen mußte.

Die beiden Damen waren wirklich so, wie man sie ihr geschildert hatte, launenhaft, vernünftig, rücksichtslos. Man mußte nie, woran man mit ihnen war. Was sie jetzt lobten und wollten, verwarfen sie in der nächsten Stunde wieder. Yvonne mußte stets — sozusagen — auf dem Sprunge sein, um die Wünsche der Damen zu erraten, ihnen zuzukommen.

Fräulein Herzog hatte sie genau vorbereitet, wie es war. Wie oft erinnerte sie sich der Worte ihrer Lehrerin:

„Sie haben sich vollständig den Damen zu fügen; Yvonne.

Eine eigene Meinung dürfen Sie nicht äußern. Müde oder un-pfänglich dürfen Sie auch nicht sein. Stets haben Sie im Auge zu behalten, daß Sie bezahlt werden, und doch will man haben, daß Sie sich zur Familie rechnen.“

Die kleinen Talente der Tochter haben sie hervorzuheben und diskret zu unterfagen. Vor allem ja nicht mehr wissen wollen vor anderen oder sie übertraumfen.

Es ist schwer, in dem Hause zu sein, trotzdem nicht viel zu tun ist. Ich persönlich unterrichte lieber eine Klasse der unabhängigen Kinder, als das Wohlleben dort zu genießen; durch meine Schwester, die zwei Jahre bei der Frau von Steinhagen gewesen ist, kenne ich die Verhältnisse genau.

Takt, viel Takt und Klugheit gehört dazu. Das einzig Gute ist, daß Frau von Steinhagen sehr gut bezahlt.

Ich weiß nicht, ob Ihre Nerven und Ihr Temperament die tausend kleinen Nadelstiche und Rücksichtslosigkeiten werden ertragen können. Ich warne Sie!“

Yvonne hatte ein wenig schmerzlich und ein wenig überlegen gelächelt.

„Ich habe keine Nerven, liebes Fräulein Herzog, glücklicherweise. Sie sind in mancher schweren Stunde erprobt, und mein Temperament verheißt ich zu zügeln. Wir alle sind ja mehr oder weniger abhängig. Ist es durchaus nicht zu ertragen, kann ich immer gehen, wie es mir paßt. Sie wissen ja, daß ich vorläufig vor allem viel Geld verdienen will. Ich werde mein möglichstes tun, mich anzupassen.“

Die meiste Zeit verwandten die Damen auf die Pflege ihres Körpers und der Toiletten, wozu sie ganze Stunden brauchten.

Frau von Steinhagen war eine sehr gut erhaltene Vierzigerin. Man konnte sie manchmal für die Ältere und schönere Schwester ihrer Tochter halten, die für ihre einundzwanzig Jahre fast zu läppig war. Das ließ Konstanz bedeutend älter erscheinen, und das Phlegma ihres Wesens trug auch dazu bei. Man war beinahe geneigt, zu glauben, daß sie ein wenig beschränkt war; doch war dies nicht der Fall. Sie war nur sehr bequem. Sonst aber verstand sie sich gut auf ihren Vorteil und konnte sehr ausfallend und boshaft sein.

Frau Fama sagte, daß Frau von Steinhagen früher eine kleine Schauspielerin gewesen sei, die der alternde Rittergutsbesitzer von Steinhagen ihrer Schönheit wegen geheiratet habe.

Yvonne sah auch manches, was sich nach ihren Begriffen und ihrer Erziehung nicht mit dem Wort „vornehm“ deckte.

Die Damen führten ein offenes Haus; sie sahen vielfach Gäste bei sich, und bei den Besuchen taute auch Konstanz auf,

und Rutter sowohl wie Tochter konnten sehr lebhaft und lebenswürdig sein.

An den vier Wochen ihrer Anwesenheit hatte Yvonne Lothar von Steinhagen, den Besitzer des Gutes und Stiefsohn von Frau Agathe, noch nicht kennen gelernt.

Er war jetzt vollat beschäftigt. Trotzdem Steinhagen in der Nähe der Stadt lag, hatte er sich noch nicht die Zeit genommen, im Stadthaus mit vorzusprechen.

Wohntentlich kamen gewalmt Voten, die Eier, Butter, Geflügel, frisches Obst, Gemüse usw. brachten.

St mußte Yvonne noch um Kleinigkeiten nach dem Gut telefonieren, und da war es geschehen, daß sie einige Male ganz kurz vom Herrn abgefertigt wurde. Man sollte ihn mit solchen Sachen verschonen, er könne die Leute jetzt nicht von der Arbeit wegnehmen. Wenn die gnädige Frau Yvonne auf Befehle habe, dann möge sie sich die Früchte kaufen oder selbst holen. Schluß! Und Frau von Steinhagen war dann sehr schlechter Laune.

„Es geht ihnen zu gut“, dachte Yvonne leise lächelnd.

Frau von Steinhagen war mit ihrer Tochter zu einer Abendgesellschaft gefahren. Yvonne atmete auf. Jetzt hatte sie einige Stunden für sich.

Zwar an Beschäftigung fehlte es nicht. Da gab es Spitzen auszubessern, seidene Strümpfe zu knöpen. Frau Agathe sorgte schon für Arbeit, und doch tat es Yvonne gern, wenn sie damit allein sein konnte.

Sie sah in dem elegant eingerichteten Wohnzimmer. Der Arbeitsfort stand neben ihr, und sie sah Konstanzes Mühseligkeit nach. Es gab an allem etwas zu tun; es war eine mühselige Arbeit, diese feinen Strümpfe auszubessern, und darin war Konstanz sehr peinlich. Ihr engung nicht die Kleinsten schadhafte Stelle, die übersehen worden war.

Für Yvonne, eine Gräfin Laßberg, war es ein eigenes, ein wenig peinvolles Gefühl, für andere Leute Strümpfe auszubessern. Bei dieser mechanischen Arbeit, dem gleichmäßigen Durchziehen der Fäden konnten die Gedanken so gut abzuweichen.

Was wohl Luz trieb?

Es war merkwürdig, wie wenig sie noch an ihn dachte, sich um ihn grünte. Es lag alles so weiter hinter ihr — wie ein Traum.

Zu heißen Tränen hatte sie ihre junge Liebe zu Grabe getragen; ihr Stolz kam ihr zu Hilfe, und die große, schmerzliche Enttäuschung, die ihr sein unmaßliches Verhalten und Nachgeben gegen die Großmutter bereitet, hatte sie leilam ernüchert. Sie hatte zu Luz wie zu einem Gott emporgesehen, an ihn hatte sie sich geklammert als ihren Befreier aus drückenden Ver-

Jammung ausgesprochen wird, und dem Vorstand wird Entlastung erteilt. — Den Abschluss der Verhandlungen bildete die Wahl der 17 Delegierten resp. Delegierten zur Vertretung des Reichstagswahlkreises. Es wurden die „Alten“ wiedergewählt. Mit einem Schlusswort des neuen Vorsitzenden wird die Versammlung geschlossen.

6. Deutscher Oberlehrertag

Der Vereinsverband akademisch gebildeter Lehrer Deutschlands hält vom 6.—8. April seine 6. große Tagung in München ab. Er umfasst die Gesamtzahl aller in sämtlichen deutschen Bundesstaaten bestehenden Landes- oder Provinzialvereine höherer Lehrer und ist mit seinen 24 000, in 40 Vereinen zusammengefassten Mitgliedern einer der größten Verbände Deutschlands. Auch die deutschen Auslandsschulen sind in ihm vertreten. Der Erste Tag ist bestimmt für die Vertreterversammlung mit Gegenständen geschäftlicher und interner Natur, u. a. Verwendung der Kaiserinbittenspende des Verbandes in Höhe von 110 000 M., der Zweite Tag für die öffentlichen Verhandlungen, bei denen das Deutschland im Ausland, die Jungdeutschlandbewegung, die wissenschaftliche Fortbildung der höheren Lehrer, die freie Gestaltung des Unterrichtes auf der Oberstufe, die Hauptstoffe bilden. Der Festvortrag behandelt das Thema: „Die höhere Schule als Erziehungsstätte des Lebens“. Der Dritte Tag bringt Führungen durch die Sehenswürdigkeiten der Stadt und Ansätze, u. a. einen nach der Nachbarstadt Augsburg.

Aus der Handelskammer

Die Handelskammer Wiesbaden hat die Eisenbahndirektion Frankfurt, Anträgen auf Aufhebung von Monatskarten für die Strecke Frankfurt-Dachau-Dattelsheim, die auch für die Strecke Frankfurt-Dachau-Kristel Gültigkeit haben, Entgegenkommen zu zeigen. Die Ausstellung solcher Karten würde einmal für das Personal der württembergischen und preussischen Eisenbahnbetriebe eine wesentliche Vereinfachung bilden. Von anderen Stationen werden solche nachweise zu denjenigen Monatskarten in umfangreicher Weise ausgegeben. — Klagen über Waren diebstähle auf dem Bahnhofs Wiesbaden-West veranlassen die Handelskammer, bei der Eisenbahndirektion Mainz über die Unfallsicherheit auf diesem Bahnhof Beschwerde zu führen. Es ist nötig, eine strenge Kontrolle über die den Bahnhof betretenden Personen zu führen und die beschäftigungslosen Personen fernzuhalten. Die Eisenbahndirektion teilt mit, daß sie das Bahnhofspersonal erneut auf das Verbot des Zutritts unbefugter Personen aufmerksam gemacht und sie angewiesen habe, die Durchführung des Verbotes zu unterstützen. Es würden für die Anzeigen von Dieben an Eisenbahntrahnen Geldbelohnungen gewährt. Die Eisenbahndirektion hofft durch die getroffenen Maßnahmen die Mißstände zu beseitigen.

Prinz Heinrich-Flug

In verschiedenen Blättern wurde in letzter Zeit ein offener Brief des deutschen Fliegerführer-Bundes veröffentlicht, in dem der Bund seinen Mitgliedern mittels, im Prinz Heinrich-Flug 1913 seien 38 000 Mark für Preise und 125 000 M. für Organisationskosten angewendet. In einer Denkschrift über den Flug in 1913 läßt die Abrechnung jedoch erkennen, daß gelegentlich des Prinz Heinrich-Fluges, bei dem in Wiesbaden 16 Flieger-Offiziere und 3 uneres Wissens nach nicht dem deutschen Fliegerführer-Bund angehörigen Herren (Ing. Schlegel, Direktor Sabel, Dipl.-Ing. Teller) starteten, für Leistungen an die Wetterwörter 109 567 M. 13 Pfg., für Organisationsausgaben 54 046 Mark ausgegeben wurden.

Die Langenschwalbacher Bahn

Auch im Sommerfahrplan wird Langenschwalbach seine Sitzungsverbindung mit Wiesbaden trotz der Proteste anderer Interessenten an Aufrechterhaltung behalten, durch welche zwar die übliche Fahrzeit nur wenig gekürzt wird, die aber für das Bad insofern von großem Vorteil sind, als es sich der Sitzungsverbindung mit Wiesbaden als gute Bekannte bedienen kann. Für die Eisenbahnverwaltung wird die Regelung des Betriebes auf der eingleisigen Strecke Wiesbaden-Langenschwalbach ständig schwieriger; es handelt sich dabei besonders um die Strecke Dörsch-Überrhein-Überrhein-Überrhein, die an Sommermorgen gewaltig überlastet ist und selbst im Winter starken Verkehr aufweist. Und zwar gehen nicht nur die Wiesbadener und ihre Kurgäste dort oben in den Wald, sondern auch aus den Nachbarküsten, selbst von Frankfurt her kommen Gustagler und Touristen, welche die Strecke benützen. Ihr zweigleisiger Ausbau ist nur noch eine Frage der Zeit. Vielleicht wäre er schon erfolgt, wenn man nicht immer noch auf eine elektrische Bahn Wiesbaden-Überrhein bestete, die schon seit Jahren als notwendig bezeichnet wird. Jedenfalls wird der zweigleisige Ausbau der Bahn bis Überrhein Hand auch die Frage der Bahnverbindung Wiesbaden-Niederrhein-Langenschwalbach wieder aktuell werden lassen, die seit Jahren von den Interessenten angelehrt wird. Es handelt sich dabei nur um ein kleines Projekt, das mit relativ geringen Kosten durchzuführen wäre. Allerdings wäre damit nur dem Verkehr nach Langenschwalbach gebient, das gleichzeitig direkten Anschluß nach Frankfurt bekäme. Die eingleisige Linie über Überrhein Hand würde dann wesentlich entlastet und könnte für einen Teil der Jäger in Benutzung bleiben. Zweifellos werden diese wichtigen Verkehrsfragen in absehbarer Zeit ihre Erledigung finden.

Die Wiesbadener Thermalquellen

In der Thermalquellenangelegenheit haben die Befürher der privaten Thermalquellen vor einigen Monaten erneuten Antrag auf Schließung der städtischen Wassergewinnungsanlagen und auf Entfernung des Überingerkurens Frankreich aus der Kommission zum Schutz der Thermalquellen bei dem Polizeipräsidenten gestellt. Unsere Leser werden sich erinnern, daß die Thermalquellenbesitzer den Standpunkt vertreten, daß durch die Wassergewinnungsanlagen der Stadt ihre Quellen geschädigt werden, und daß die Entfernung dieser Wassergewinnungsanlagen, auch abgesehen hier von, im Interesse der Allgemeinheit gefordert werden muß. Die Angelegenheit zieht sich jetzt ungefähr 15 Jahre lang

hin. Die Schließung der städtischen Wassergewinnungsanlagen ist bereits einmal im Jahre 1908 von dem Polizeipräsidenten angeordnet worden, und der Regierungspräsident hat diese Verfügung bestätigt. Dem Magistrat ist es aber damals gelungen, bei dem Oberpräsidenten die Aufhebung dieser polizeilichen Verfügung zu erreichen. Es ist dann während der folgenden Jahre verüht worden, die Befestigung der Anlagen in Güte durch Verhandlungen zwischen dem Magistrat und den Quellenbesitzern zu erlebigen, was wohl im Interesse unserer Kurstadt und des Badebetriebs gelegen hätte. Die Verhandlungen aber haben sich aus nicht bekannt gewordenen Gründen zerschlagen. Die Quellenbesitzer haben sich, da sie beabsichtigen, auch abgesehen von dem Verwaltungsweg, gegen die Stadtverwaltung vorgehen, bei dem Polizeipräsidenten Ende Februar erkundigt, wann eine Entscheidung auf ihre Anträge zu erwarten sei, aber den Bescheid erhalten, daß sich der Zeitpunkt, wann auf die Anträge entschieden werden könne, noch nicht bestimmen lasse.

Der sozialdemokratische Schöffe

Das Oberverwaltungsgericht hatte zu der Frage Stellung zu nehmen, ob ein unbeförderter Beamter bei Wahlen für die Sozialdemokratie eintreten darf. Der Gemeindefürsorge Liebig aus Biersdorf war angebeschuldigt worden, nicht nur bei der Landtagswahl sozialdemokratisch gewählt zu haben, sondern sich auch als Wahlmann der sozialdemokratischen Partei zur Verfügung gestellt zu haben. Auf das gegen L. eingeleitete Disziplinarverfahren erkannte der Kreisaußschuß gegen L. auf Amtsentsetzung und betonte, L. als mittelbarer Staatsbeamter dürfe auf keinen Fall eine Partei unterstützen, die die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung beseitigen wolle. Diese Entscheidung wurde vom Oberverwaltungsgericht als zutreffend bestätigt. Das Oberverwaltungsgericht ging u. a. von der Erwägung aus, ein Beamter dürfe auf keinen Fall die Pflichten und Pflichten außer Betracht lassen, die ihm seine Stellung als Beamter auferlege. Ein Gemeindebeamter dürfe keine Sozialdemokraten wählen, die Anschauungen vertreten, die mit den Grundlagen der bestehenden Ordnung in Staat und Gesellschaft unvereinbar seien. Im allgemeinen müsse sogar davon ausgegangen werden, daß auch Gemeindebeamte der Wahl von Sozialdemokraten mit allen Mitteln entgegenzutreten müssen.

Rheinisch-Hypothekbank Mannheim

Der Geschäftsbericht der Rheinischen Hypothekbank für 1913 weist auf das günstige Ergebnis auch dieses Geschäftsjahres hin, sodaß bei reichlichen Rücklagen wiederum eine Dividende von 9 Proz. verteilt werden kann. Der Umlauf an Pfandbriefen und Kommunalobligationen hat sich um 20 251 900 M. auf 588 114 700 M. erhöht, der Bestand an Hypotheken und Kommunal-Darlehen auf 119 260 168 01 M. Infolge des besitzenden Pfandbriefabganges und vorrätiger Geldpositionen war die Bank in der Lage, auch in dem schwierigen Jahre 1913 ohne irgend eine Unterbrechung dem Vorkredit in den von ihr gepflegten Gebieten Hypothekengelder zur Verfügung zu stellen. Der Rheinischen Hypothekbank kann demnach der den Hypothekensachen bisweilen gemachte Vorwurf, sie „verloren“, jedenfalls nicht gemacht werden. Der Bericht weist darauf hin, daß die in früheren Berichten wiederholt betonten bedenklichen Wirkungen, welche die fortwährend steigenden steuerlichen und polizeilichen Belastungen des Erwerbs und des Betriebes von Grundstücken und Häusern sowie des Baumeisens ausüben müssen, auf dem Grundstücks-, Bau- und Hypothekemarkt immer schärfer hervortreten. Wirkliche Verbesserung kann nur durch Entlastung des Grundbesitzes und Grundstücks- und Hypothekensverkehrs von diesen Lasten erreicht werden. Eingehendere Ausführungen bringt der Bericht u. a. über das Verhältnis von Hausbesitz und Hypothekensachen, wobei er die Notwendigkeit eines Zusammenarbeitens dieser beiden Gruppen betont, aber Ursachen und Wirkungen der geminderten Bautätigkeit, über die Frage der zweiten Hypothek, sowie über die Unzulänglichkeit der Bestimmungen des Paragraphen 1124 B. G. B. Die Liquidität der Bank war eine sehr günstige. Es waren am Jahreschluß an flüssigen Mitteln vorhanden 31 048 677 46 M., denen Kreditoren in Höhe von nur 1 667 334 79 M. gegenüberstanden, sodaß eine freie Liquidität von 29 381 342 67 M. sich ergibt. Die Bankverwaltung schlägt vor, den Kapitalerlösfonds durch Zuteilung von 600 000 M. auf 13 000 000 Mark, ferner den Pfandbriefkreditverleihfonds um 500 000 M. auf 6 000 000 M. zu erhöhen, sodaß die als Unterlage für den Pfandbriefumlauf dienenden Reservefonds zusammen eine Höhe von 19 000 000 M. erreichen. Die Gesamterlösen (ausflüßl. Vortrag) der Bank erreichten bei Genehmigung der Gewinnverteilungsentschlüsse eine Höhe von 31 778 459 10 M., was den Pfandbriefen der Rheinischen Hypothekbank eine besondere, hohe Sicherheit gewährt. Die Generalversammlung findet am 16. März statt.

Reiseprüfung

Bei der gestern und vorgestern abgehaltenen Reiseprüfung am Städtischen Reform-Realgymnasium, die am 1. Tage von Geheimrat Dr. Waehler, dem Direktor des Provinzialschulinspektoriums, und gestern von Direktor Prof. Dr. Walther abgehalten wurde, bestanden von 17 Oberprimariern 16, 4 unter Befreiung vom Mündlichen.

Schutz des Buchenwälders

Ueber den Wert der Buchenwälder haben in den letzten Jahren umfangreiche Erörterungen stattgefunden. Es handelt sich hierbei um eine immerhin wichtige Frage, da von dem Bedarf der Eisenbahnverwaltung an Buchenschwellen mehr als 60 Prozent im Auslande gedeckt werden und auch viele Fabrikationszweige bereits Schwereigkeiten haben, ausreichende Mengen Buchenholzes im Inlande zu beschaffen. Das Eingehen vieler Buchenwälder hat zur Folge gehabt, daß das Buchenholz wesentlich im Preise gestiegen ist. Um den einheimischen Bedürfnissen zu entsprechen, wird es in weiteren Kreisen als zweckmäßig erachtet, Buchenwälder in größerem Umfange von Staats wegen aufzuforsten. Die preussische

Forstverwaltung beabsichtigt nicht, die Buchenwälder zu vermindern und an deren Stelle grundsätzlich Fichten anzupflanzen. Sie schützt den Wert und die Schönheit der Buchenwälder im vollen Maße und läßt sich ihre Erhaltung angelegen sein. Nur wo der Boden für Buchenpflanzungen nicht geeignet war und die Buchenbestände lediglich Brennholz ergeben hätten, ist sie dazu übergegangen, Nadelholzpflanzungen anzulegen.

Thalia-Theater

Das Thalia-Theater veranstaltet Anfangs Mai eine internationale Schönheitskonkurrenz in Wiesbaden. Die Leitung der Konkurrenz wurde Schriftsteller W. Lobes übertragen. Es kommen als Hauptpreise 300, 200 und 100 M. oder Schmuckgegenstände entsprechenden Wertes zur Verteilung.

Strafkammer

Gelegentlich einer im November in Kleeberg abgehaltenen Debatte war es nach dem Tanz zwischen mehreren jungen Burken zu Streitigkeiten gekommen. Bei der Keilerei arbeitete der 21jährige Albert Jung aus Kleeberg mit dem Messer, einem Kollegen dabei zwei Stiche in den Kopf und einen in den Arm verlegend. Das Schöffengericht Uffingen hatte Jung dafür mit 4 Monaten Gefängnis belegt. Die Strafkammer Wiesbaden verwirft die von Jung eingeleitete Berufung. — Der Fabrikarbeiter Hesh in Sassenheim verging sich dort an einem Schulmädchen. 9 Monate Gefängnis verhängte deshalb die Strafkammer über den bedenklichen Kinderfreund. — Die Ehefrau Fiedler von Wiesbaden muß wegen Aufzehrung zum Verbrechen wider das feindliche Leben 1 Woche Gefängnis abtun.

Schöffengericht

Der Kaurergerichte Wolf Engel zu Ramdach erhielt heute wegen Erregung öffentlichen Argersnisses 50 M. Geldstrafe; außerdem muß er die Gerichtskosten zahlen.

Vermischte städtische Nachrichten

Der Eisenbahn-Oberinspektor Nagel bei der Eisenbahndirektion Mainz, ist als Rechnungsrevisor bestellt worden. Die Wiesbadener Kriminalpolizei verhaftete am Dienstag den Direktor Dr. Nikolaus Weisenberger vom Chem. Werk „Elektron“ in Griesheim, der einer Genossenschaft 153 000 M. unterschlagen hat. Die Verhaftung Dr. Weisenbergers, der früher Bürgermeister in Schleitstadt war, geschah in dem Augenblick, als er ein hiesiges Hotel betreten wollte. Der Buchhalter einer hiesigen Weinhandlung ist unter Mitnahme einiger hundert Mark flüchtig geblieben. In ein hiesiges Bauunternehmergeschäft wurde ein Einbruchdiebstahl ausgeführt. Die Diebe erbeuteten einiges Wechselgeld. Im Hotel Kaiserhof sind gestern in einem Ventilationsrohr abgehende Fette in Brand geraten. Die Feuerwehr beseitigte in kurzer Zeit die Feuergefahr. Weiter löschte gestern die Feuerwehr einen Kaminbrand in der Moritzstraße. In den letzten Tagen wurden hier wieder mehrere Manufakturdiebstähle ausgeführt. In einem Falle erlitt man den Täter in einem 25jährigen Menschen mit blassem Gesicht und schwarzem Haar; in dem andern Falle den Täter in einer Frauensperson. Es wurden Schmuckstücken und Geld gestohlen.

* Gabenverzeichnis. Für die Hungersnden der Franziskanermission in Japan: Von Frau A. 3 M., R. K. 1 M., Angen. 1,50 M.

Kunstnotizen

* Königl. Schauspiele. Die für Samstag festgesetzte Aufführung von Purcinis „Madame Butterfly“ ist eine Jubiläums-Vorstellung, da das eigenartige Werk, welchem hier ein so außerordentliches Erfolg zuteil geworden ist, an diesem Abend zum 50. Male in Szene geben wird; die Erkaufführung fand bekanntlich am 23. April 1908 statt. Von den in der Erkaufführung beschäftigten Mitgliedern wirken ferner in ununterbrochener Reihenfolge die Trägerin der Titelpartie, Frau Hans-Joepffel, und die Herren Schütz (Barbise) und Hecksch (Yamadori) mit. Frau Krämer wird an diesem Abend auch wieder ihre feinerenit die „Suzuki“ singen, während die weitere Besetzung bekannt ist. * Königl. Schauspiele. Auf vielfache Anfragen gibt die Intendantur bekannt, daß „Barisaf“ mit Rücksicht auf die unermessliche Nachfrage nach Karten vorläufig im Abonnement nicht aufgeführt wird. * Residenz-Theater. Als fünfter Kammerabend geht am Samstag und Sonntag Ludwig Thoma's neues Schauspiel „Die Sünde“ in Szene. Dr. Karst leitet das Stück in Szene. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Hermann, Fock und Delosa und die Herren Dager, Weag und Commer. Sonnagnachmittag wird das Lustspiel „Marx' großer Herr“ zu hohen Preisen gegeben. Am Montag, abends 8 Uhr, findet die 7. Volksvorstellung zu kleinen Preisen statt; es gelangt die Komödie „Traumulus“ zur Aufführung. Der Verkauf der noch vorhandenen Karten beginnt morgen Freitag.

Letzte Nachrichten

Papstfeier in München

München, 11. März. Wie alljährlich veranstaltete auch heuer wieder der Münchener Kautius Hr. Fräuhwirth aus Anlaß des Namensfestes des Papstes ein Diner, an dem der Ministerpräsident Graf Hertling, der Außenminister v. Rathenau, der Minister des Innern von Soden, Erzbischof Dr. v. Bettinger, Reichsräte, Diplomaten usw. teilnahmen. Minister-

häftnissen, und er hatte nicht so viel Mut gehabt wie sie, das schwache Mädchen. Und diese Erkenntnis seines haltlosen Wesens hatte ihr Vertrauen erschüttert, ihrer schwärmenden Liebe den Todesstoß gegeben. Wo sie nicht mehr vertraute, konnte sie auch nicht mehr lieben. Da trat Willi, das zierliche Stubenmädchen, ein, ein Tellerchen mit zwei schönen, großen Birnen und Nüssen in der Hand tragend. „Hier Mademoiselle“, sagte sie, „bringe ich Ihnen etwas Obst; es ist vorhin so viel aus Steinhagen gekommen.“ „Danke, Willi; es ist sehr freundlich, daß Sie an mich denken.“ „Oh, ich hab' Mademoiselle sehr gern, weil Mademoiselle immer so freundlich ist. Und nun hab ich eine Bitte: Würde Mademoiselle wohl ein wenig Klavier spielen und ein Lied singen? Ich mache inzwischen das Obst zurecht.“ Gern erfüllte Yvonne diesen Wunsch, der ihren Reigungen entgegenkam. Sie ging in den Salon nebenan, in dem sich der Flügel befand, ließ die Tür offen und suchte in den Noten. Sie spielte und sang und war ganz bei der Sache. Sie überhörte, daß nebenan eine Tür geöffnet wurde, achtete auch nicht auf das Klüstern im Wohnzimmer und sang das Lied weiter. Als sie geendet, ließ sie die Hände von den Tasten gleiten und wiederholte mehr sprechend als singend mit wehmütiger und lehnächtiger Stimme die letzten Verszeilen. Unwillkürlich feuerte sie tief auf und neigte sinnend den Kopf. Da war ihr, als ob sich noch jemand im Zimmer befände. Sie hatte Müll doch gar nicht eintreten hören. Schnell wandte sie sich um und öffnete schon den Mund zu einer Bemerkung. Sprach aber erschrocken auf, als sie an der Tür die Umrisse einer männlichen Gestalt bemerkte. Der große Raum war ja nur schwach durch die eine elektrische Flamme am Klavier erhellt. Sie drehte die Deckenleuchtung an und erblickte einen großen, breitschultrigen, blondhäutigen Herrn. „Oh!“ sagte sie bestürzt und legte die Hand aufs Herz. Er trat auf sie zu und lächelte gutmütig. „Dah ich Sie erschreckt durch mein spätes Eindringen? Doch ich habe ein wenig Recht darauf, auch hier zu sein, denn ich bin Lothar Steinhagen, und Sie sind wahrscheinlich die neue Hausgenossin meiner Schwester.“ „Ja, Herr von Steinhagen, ich bin Yvonne Legäne. Die Damen werden sehr bedauern, sie sind einer Einladung gefolgt.“

„Ich weiß bereits. Die Donna, die da drüben sah, sagte es mir.“ Yvonne's Gesichtchen war von einer Rote der Verlegenheit überzogen. Was mußte er von ihr denken, in welcher Weise sie sich die Zeit während der Abwesenheit ihrer Brotherrin vertrieb! Sie trat an den Flügel und klopfte den Deckel zu. „Schade, daß Sie anhören wollen. Ich habe so wenig Zeit und Gelegenheit, gute Musik zu hören, bin selbst auch nicht ausübend.“ „Das war doch keine gute Musik!“ „Mir mid ja. Von schwerer, klassischer Musik habe ich nichts, da ich so wenig davon verstehe. Aber eine weiche, süße Frauenstimme, die ein kleines, zu Herzen gehendes Lied singt, ist mir ein hoher Genuß. Und ich bitte Sie herzlich, singen Sie mir noch ein Lied, ein ganz einfaches, ohne viel Schmuckel und Verzierungen, und wenn es nur ist, „Kommt ein Vogel geflogen!“ Unwillkürlich mußte sie in sein Lachen mit einstimmen, aber noch immer zögerte sie. „Oder können Sie keine deutschen Volkslieder singen?“ „O doch, Herr von Steinhagen. So will ich es denn versuchen!“ Ohne längere Ziererei setzte sie sich vor das Instrument. „Was möchten Sie nun hören?“ „Das ist mir gleich, wie ich Ihnen schon sagte, irgend ein Volkslied.“ Yvonne sann einen Augenblick; dann begann sie mit ihrer lieblichen Stimme: „Es zogen drei Burken wohl über den Rhein!“ Als sie geendet, schweig er, sagte kein Wort. Sie stand auf und schloß das Instrument. Durch den leisen Ton des zuschappenden Deckels schredte er auf. Es war, als habe er die soeben gehörten süßen Töne noch in sich verklingen lassen wollen. „Merkwürdig, merkwürdig“, sagte er nur. Verwundert sah sie ihn an. „Sie sind doch Französin, Ausländerin, Fräulein Legäne?“ „Meine Eltern waren Franzosen; ich bin aber in Italien, in Florenz, geboren“, entgegnete sie mit niedergeschlagenen Augen. Es widersetzte ihr, ihm die Unwahrheit, zumteil wenigstens sagen zu müssen. „Und doch können Sie ein deutsches Volkslied mit so echt deutschem Gemüt vortragen?“ „Aber, Herr von Steinhagen, die Kunst ist doch international! Für sie gibt es keine Landesgrenzen.“ Er beachtete ihren Einwurf nicht.

„Ich möchte fast glauben, daß ein guter Teil deutschen Blutes in Ihnen fließt.“ „Nicht erdredt blühte sie zu ihm empor. Sollte er etwa ahnen? Sollte man etwas erfahren? Dastig warf sie deshalb ein: „Von meinem dreizehnten Jahre an bin ich in Deutschland und fühle mich auch wohl hier.“ „Und doch...“ „Darin lag so viel Sehnsucht, Heimweh!“ Und forschend blickte er in ihre sammtenen, voll aufgeschlagenen Augen. Um ihren feinen Mund zuckte es schmerzhaft. „Ich darf keine Heimat haben, weil ich keine Heimat habe. kein Heim, nur eben immer das, worin ich gerade bin.“ „Es klang ihm so herzerkütternd traurig, wie sie das sagte, daß er davon ergriffen wurde. „Armes Kind“, kam es leise von seinen Lippen. In diesem Augenblick meldete Willi, daß serviert sei, die Tür des Speisezimmers öffnend. „Ah, danke! Ist gut! Ich habe mir nämlich einen kleinen Imbiß zurechtgemacht lassen, Mademoiselle. Vielleicht sehe ich Sie nachher noch einmal.“ Er verneigte sich und ging. Beim Vorübergehen flüsterte Willi Yvonne zu: „Na, die Gnädige wird froh sein, daß der Herr sie nicht angetroffen habe. Für gewöhnlich gibt's jedesmal Krach, wenn er sich mal blicken läßt.“ „Oh, nicht doch, Willi!“ wehrte Yvonne. Sie wollte so etwas nicht hören; auf Dienstbotengeflätsch ließ sie sich nicht ein. Gedankenvoll begab sie sich zurück ins Wohnzimmer, ah daß Obst, das Willi ihr geschäft, und nahm dann ihre Arbeit wieder zur Hand. Das also war der Herr! Sie hatte sich ihn eigentlich ganz anders vorgestellt; Photographien von ihm hatte sie bisher noch nicht im Hause gesehen, im Gegensatz zu den Damen, von denen es Duzende in allen Größen und Stellungen gab. Lothar von Steinhagen war breit und groß, sehr groß; kaum bis zur Schulter reichte sie ihm. Sie hatte zu ihm aufsehen müssen, als er mit ihr sprach. Das Gesicht war tief gerunzelt und trug einen sehr ernsten, doch gütigen Ausdruck. Das ziemlich kurz gehaltene Haar zeigte an den Schläfen einen silbernen Schimmer. Ein wohlgepflegter, dunkelblonder Bart verdeckte sein Kinn. Fortsetzung folgt.

Bewährter Freund, versuchtes Schwert, Die Inder in Ruten Goldes wert. Die Karten und die Ranne Nachen manchen zum armen Name.

Preussischer Landtag.

Stimmungsabbild aus dem Abgeordnetenhaus.
— Berlin, 11. März.
Der Kampf um das Kohlenyndikat geht heute weiter. Die Sozialdemokratie ist gegen die Wiederherstellung des Syndikats, und deshalb predigt ihr Redner fast zwei Stunden lang dem Minister: „Erzettel, werden Sie hart — gegen die Grubenbesitzer!“ Auch die Volkspartei ist nicht für das Syndikat zu haben. Und wenn es schon ein Monopol sein müsste, dann lieber ein Staatsmonopol. Die anderen Parteien sind dagegen für eine Erneuerung, und sie beschwören den Minister, doch ja nur alles zu tun, um das Syndikat zu erhalten. Diese Beschwörungen aber gehen dem Minister zu weit. Er hebt, sagt er, noch auf seinem früheren Standpunkt, und das sei der: die Regierung wolle sich an dem Kohlenyndikat beteiligen, wenn ihr dort der nötige Einfluss gesichert bleibe, und soweit sie es im Interesse der Allgemeinheit verantworten könne. Man spricht auch über das in Aussicht stehende Kaligefetz und über Kalkabgaben und vertieft sich sodann in die Einzelpositionen des Etats. — Morgen wird das Haus den Bergetat weiterberaten.

Sitzungsbericht aus dem Abgeordnetenhaus.
47. Sitzung vom 11. März.
Am Ministertisch: Dr. Sydow.
Präsident Graf von Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Der Bergetat. (Zweiter Tag.)

Die Beratung wird fortgesetzt bei den Einnahmen. Es stehen zunächst nur Fragen der Ausfuhrzölle und der Kreis- und Syndikatspolitik zur Besprechung.

Abg. Que (Soz.): Die Regierung sollte der Braunkohlenproduktion mehr Aufmerksamkeit schenken. Von einer geringen Rentabilität der Staatsbergwerke kann keine Rede sein. Stellen Sie nicht die Rentabilität der staatlichen Gruben dadurch in Frage, daß Sie den Staat mit den privatkapitalistischen Kartellen, mit dem Kohlenyndikat, verknüpfen, und ihn veranlassen, noch weniger zu fordern als er jetzt fordert. Die Spuren des Kaligefetzes sollten doch jedenfalls die Stilllegung der Kalisorte ist eine Verwahrung volkswirtschaftlicher Werte. Wenn sich das Kohlenyndikat über den Preis des Kohlenbesitzes nicht erheben lassen, so ist dem entgegenzusetzen, daß die Bergwerksbesitzer die Aufgabe des Syndikats nicht haben erfüllen können. Die jetzige Stilllegung von Kohlenzechen ist eine Folge der Überproduktion, nicht der Erschöpfung der Kohlenlager. Selbst der Preis hat die letzte Preissteigerung des Kohlenyndikats für unnötig gehalten. Wir haben tatsächlich einen Preis, auf den alle Deputierten des amerikanischen Kartells zugestimmt. 80 Proz. aller Arbeiter unterliegen im Ruhrrevier 14 Zent. Die Idee des Staatssozialismus marschieren! (Lebhafte Beifall d. v. Soz.)

Abg. v. Wappenheim (Soz.): Wir hoffen, daß trotz aller Schwierigkeiten das Kohlenyndikat wieder zustande kommen wird. Der Staat darf keine ständigen Vorteile beanspruchen; er muß ebenso wie alle anderen Beteiligten zur Tragung von Opfern bereit sein, wenn eine Einwirkung auf die Preisbildung erreicht werden soll. Die Regierung darf sich nicht hinter die Kohlenbesitzer verstecken. Das öffentliche Interesse muß entscheiden. Auf das Ausland brauchen wir nicht übermäßig bei unserer Kohlenproduktion Rücksicht zu nehmen, weil wir auf keine Gegenleistung zu rechnen haben. Politisch von größter Bedeutung ist das Uebergewicht der deutschen Kohlenproduktion für unsere Handelsverhältnisse, für die Schaffung von Handelsverträgen und die Entwicklung unserer Exportverhältnisse. Dieses Uebergewicht über das Ausland sollte die Regierung rücksichtslos zur Geltung bringen (Lebh. Zustimmung rechts). Hoffentlich bekommt die Regierung keinen Schrecken über ihre Erfolge in den letzten Jahren; sie sind in wesentlichen auf den Export in Oesterreich und im Saarrevier zurückzuführen, und auf dieser Grundlage wird sich dauernd eine gesunde Kohlenproduktion erhalten lassen. (Sehr richtig!) Wir wichtig die Aufrechterhaltung des Kohlenyndikats ist, zeigen die Verhältnisse auf dem Braunkohlenmarkt. Das Haus hat letztens glücklicherweise beschlossen, daß bedeutende Braunkohlenfelder auf staatsrechtlichen Grund und Boden verkauft wurden. Wege die Regierung alles tun, um das Syndikat wieder zustande zu bringen. (Beifall rechts.)

Handelsminister Dr. Sydow: So oft ich den Etat der Bergverwaltung zu beraten habe, verlangt man, daß die Bilanz unter Berücksichtigung des Wertes des Bergwerksbesitzes aufgestellt werden soll. Ich habe mich dagegen immer geteilt, und ich werde es auch tun, solange ich an dieser Stelle stehe. Ich halte es nicht für richtig, den Staat in dieser Beziehung anders zu stellen als jede Aktiengesellschaft. Wenn eine Aktiengesellschaft, wie die Bergwerke, auf Grund von alten Regalien den Bergwerksbesitz erworben hat, so darf sie dafür auch nicht den Schatzungspreis der Werke einlegen. Ebenso steht es für uns bei Saarbrücken und Oerlinghausen. Für die Braunkohlen hat sich die Eisenbahnverwaltung im Interesse der Elektrifizierung gewisser Bahnen interessiert und ist in dieser Frage von der Bergverwaltung des Handelsministeriums beraten worden. Jetzt ist jedoch für Kaufleute der unangenehme Augenblick, da gerade jetzt eine große Preissteigerung im Braunkohlenfeldern eingetreten hat, so daß wir zu den teuersten Preisen kaufen würden. Deshalb haben wir einstweilen davon Abstand genommen. Wir sind jetzt dabei, festzustellen, ob auf staatsrechtlichen Besitz noch Braunkohlen anliegen. Wir nehmen Vorkahrungen vor, wo wir noch abzuwägende Braunkohlenfelder vermuten, und wir haben uns dahin geeinigt, daß ein staatsrechtlicher Besitz, unter dem Braunkohlen anliegen, nicht veräußert werden darf. (Zustimmung.) Die Erklärung der Regierung über ihre Stellung zur Erneuerung des Kohlenyndikats kann man nicht ein feierliches Versprechen nennen, durch das sich die Regierung verpflichtet gemacht habe, diese Erneuerung durchzuführen. Es handelt sich lediglich um Sicherung eines angemessenen Einflusses auf das Syndikat. Dadurch, daß ich hier von verschiedenen Seiten fortwährend gedrängt werde, doch um diesem Willen dem Syndikat zuzutreten, erwidere man mir angelegentlich der ohnehin schwierigen Verhandlungen meine Stellung ganz deutlich. (Beifall.)

Abg. Lohmann (Ctr.): Wenn das Kaligefetz auch einige Schäden mit sich gebracht hat, so hat es seinen Hauptzweck doch wohl erfüllt.

Gegen die neue Kalkindustrie

habe ich aber die schwersten Bedenken. Die Kalkpreise für das Ausland sind so hoch, daß sie nicht geteigert werden können, will die Industrie dieses Abgabebereich nicht verlieren. Die vorgesehene Abgabe wird die Kalkindustrie nicht tragen wollen. Sie muß sie also auf die Schultern der Abnehmer im Inlande abwälzen, und das ist hauptsächlich unsere Landwirtschaft. Diese dürfte also in erster Linie durch diese Neuabgabe geschädigt werden, und nicht nur dadurch, daß sie höhere Preise zahlen muß, sondern auch dadurch, daß viele Landwirte infolge der Preissteigerung davon Abstand nehmen würden, weiter Kalk in demselben Maße zu verwenden, wie heute, und daß dadurch die Kultur unserer ländlichen Grundstücke ganz gewaltig leiden würde. Einem weiteren Zwede ist das Kaligefetz nicht genügend gerecht geworden. Das allzu schnelle Entweichen einer großen Anzahl neuer Werke konnte leider nicht verhindert werden. Es ist aber zu begrüßen, daß die Kalkinteressenten sich geeinigt haben und daß das

Kalkyndikat

dieser drohenden Gefahr der Überproduktion und der Preissteigerung dadurch entgegengetreten ist, daß es Verteilungsquoten an der Lieferung von Kalk für die einzelnen Werke festgesetzt hat. Allerdings liegt hierbei die Gefahr nahe, daß infolge der Verminderung der Produktion Arbeiterentlassungen erfolgen. Dem möchte die Rohle zum Kaligefetz entgegenzutreten. Auch bitte ich die Regierung, die Propaganda für die Förderung des Kalkabgabes im In- und Ausland eifriger zu betreiben. Leider wird der Absatz der Kalksalze durch den unregelmäßigen Wasserstand der Weser sehr erschwert. Deshalb muß unbedingt die Weser kanalisiert werden. Wenn dies geschieht, würde der Absatz nach Süddeutschland ganz erheblich sich steigern. Ferner muß eine Bahn nach dem Eichsfeld gebaut werden, hierfür hat sich schon im Vorjahr auch das hohe Haus ausgesprochen. (Lebhafte Beifall im Centrum.)

Abg. Hasenclever (nl.): Das Kohlenyndikat ist ein „roter de bronze“ gewesen für schwere Zeiten, an dem die Stürme sich gekrümmt haben. Es hat für unsere ganze Volkswirtschaft sehr segensreich gewirkt. Der größte Teil der Bergarbeiter ist mit den Maßnahmen des Kohlenyndikats einverstanden, weil hierdurch eine gleichmäßige Lohnzahlung herbeigeführt worden ist. Die Preissteigerung des Syndikats war durchaus normal angesichts der enormen Steigerung der Produktionskosten und der sozialen Lasten. Den Schutzworten des Ministers kann ich nicht ganz zustimmen. Der Eintritt des Staates zum Kohlenyndikat ist von enormer Wichtigkeit, zumal der preussische Bergbau jetzt in ganz erheblichem Umfange Kohlen und Koks fördert. (Beifall.)

Abg. Bruck (Ctr.): In der Nähe von Düren soll eine Braunkohlengrube und eine Zementfabrik errichtet werden, die leider schon genehmigt sind. Der Betrieb würde der ganzen Umgebung, der Industrie, der Landwirtschaft und auch den Arbeitern, zum Unfugem gereichen. Man sollte daher lieber die Bohrungen im Boden lassen und die bestehende Industrie erhalten.

Minister Dr. Sydow: In dem Dürener Kalk handelt es sich um ein noch nicht abgeklüftes Vorkommen. Die angeordnete Beweisaufnahme ist noch nicht erledigt; daher kann ein Urteil noch nicht abgegeben werden.

Abg. Mühlberg (Rp.): Daß die Produktionskosten und die sozialen Lasten gestiegen sind, ist richtig, aber daraus folgt noch nicht, daß die gestiegenen Bemessungen des Abg. Santner unrichtig seien. Die Einkünfte von Pflanzen und Ansetzen in Berlin sind jetzt eingebend erforderlich worden. Behauptet ist, daß diese Einkünfte weilsch auf Spekulationsobjekten geworden sind. Sie sind von unschätzbarem Wert für die Forschung und sollten deshalb nur dann verkauft werden dürfen, wenn berufliche Autoritäten erklärt haben, daß ein Verkauf stattfinden könne.

Oberbergbaupräsident v. Bessen: Seit der Zeit, daß die Braunkohlengruben Staatsbetriebe geworden sind, also seit 1906, ist es eine besondere Aufgabe des Staates gewesen, die Dünstiger Bergwerksbetriebe mit reichlichem Material zu versehen. Alles Material mit Einschluß von wissenschaftlichen Stücken untersucht und besonders wertvolle Stücke werden dem Museum in Rülingsberg übergeben; auch die geologischen Staatsanstalten bekommen einige. Die Stücke, die weniger Wert haben und die reichlich vorhanden sind, gelangen in den Handel, und sie tragen dazu bei, daß die Kenntnis vom Wesen des Bergwerks weiter verbreitet wird. Hiermit schließt die Besprechung. Die Einnahmen werden bewilligt.

Bei den Ausgaben, Betriebskosten, werden zunächst Beamtentragen unter Ausschluss der Gehaltsfragen besprochen.

Abg. Bruck (Ctr.): Die Marktbesitzer sollten an den Prämien teilnehmen. Die Grubenbesitzer müssen in eine höhere Gehaltsklasse kommen.

Abg. Que (Soz.): Das Prämienwesen der Steiger muß abgeschafft werden. Es hat an vielen Unfällen schuld. Zu wünschen ist eine Reform der Gewerbeverhältnisse hinsichtlich des Wahlrechts und des Verfahrens. Die Vorstehenden behandeln oft die Arbeiter von oben herab.

Abg. Hasenclever (nl.): Ich habe nie erlebt, daß die Arbeiter vor den Gewerbeverhältnissen schlecht behandelt werden.

Abg. Juchacz (Ctr.) empfiehlt gleichfalls eine Reform des Gewerbeverhältnisses.

Die Ausstraße über die Beamtentragen schließt. Die Besprechung wendet sich den Lohnfragen zu.

Abg. Juchacz (Ctr.): Eine Lohnüberhöhung der Bergarbeiter ist um so weniger gerechtfertigt, als die Arbeitsleistung der Arbeiter erheblich gestiegen ist. Aus dem Saarrevier werden viele Klagen über niedrige Löhne und ungerechtfertigte Entlassungen laut. Auch die Bergleute im Harz bedürfen einer Aufbesserung.

Oberbergbaupräsident v. Bessen weist darauf hin, daß seit 1909 die Löhne ständig gestiegen seien. Arbeiterentlassungen finden nur statt, wenn dies im Interesse der Abzählung nötig ist. Das Haus vertagt sich.

Es folgen noch einige persönliche Bemerkungen, in denen der Abg. Dr. Schifferer (nl.) sich zu einem von dem Abg. Brück (K.) erhobenen Vorwurf äußert. Abg. Schifferer habe Mitteilungen aus den Kommissionen unter Nennung des wahren oder vermeintlichen Autors gemacht, was der Uedung des Hauses widerspreche.

Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. Fortsetzung. Schluß 4¼ Uhr.

Deutscher Reichstag.

Stimmungsabbild aus dem Reichstage.
— Berlin, 11. März.
Heute beschäftigt sich der Reichstag mit dem Etat für die einzelnen Schutzgebiete. Der Etat von Togo wird schnell erledigt. Beim Etat für Neu-Guinea spricht man über die Bewilligung von 500 000 Mark für Petroleumbohrungen und fordert den Schutz der Paradiesvögel, und damit ist auch dieser Etat erledigt. Auf die Frage der Mischchen kommt das Haus sodann bei der Beratung des Etats für Samoa zu sprechen. Dabei erklärt der Staatssekretär, die Mischchen seien zwar unerwünscht, doch sei ein Verbot nicht nötig. Darauf wird der Etat für Ostafrika erledigt, wobei Herr Solf das Verhältnis zwischen Missionschulen und Regierungsschulen, das sich im Gegensatz zu früheren Jahren jetzt günstiger gestaltet habe, bespricht. — Morgen wird man den Gegenstand weiterbehandeln.

Sitzungsbericht aus dem Reichstage.

23. Sitzung, Mittwoch, den 11. März.
Am Tische des Bundesrats: Dr. Solf.
Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min.

Der Kolonialetat. (Vierter Tag.)

Es folgen die Etats für die einzelnen Schutzgebiete.

Der Etat ist in der Kommission en bloc angenommen worden.

Abg. Dr. Baasche (nl.): Ich bezweifle die Rentabilität des für Togo geplanten Sägewerks. Man hätte das Heber dem Privatbetriebe überlassen sollen. Der Etat wird erledigt.

Neuguinea und die Südfischen.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Gestern sind 500 000 Mark für Petroleumbohrungen auf Neu-Guinea bewilligt worden. In der 3. Lesung werde ich beantragen, diese Summe zu streichen. Es wird kaum möglich sein, Petroleum aus Neu-Guinea zu annehmbarem Preise auf den deutschen Markt zu bringen.

Präsident Dr. Kaempf: Der Titel ist gestern ohne Debatte angenommen worden. Gestern wäre Gelegenheit gewesen, ihn anzusehen.

Staatssekretär Dr. Solf: Die Wichtigkeit von Petroleumfunden geht schon daraus hervor, daß die Engländer, wo sie irgend können, ihre Hand auf Länder mit Petroleum legen. Hier handelt es sich nicht um den deutschen Markt, sondern um den Absatz in der Nähe von Neu-Guinea, etwa in Australien oder Ostasien. Das Petroleum ist aber ein weites Gebiet verteilt, das mir bereits gepumpt haben. Ob diese Quellen reichlich und gewinnbringend sind, soll untersucht werden. Der Reichstag wird am 12. die 500 000 Mark zu bewilligen. Wenn das Geschäft einträglich kann es großen Vorteil für das Reich bringen. Ob der Staat oder das Privatkapital sich beteiligen sollen, hängt von dem Schicksal des Petroleummonopols ab.

Abg. Dr. Pfleger (Ctr.): Das Privatkapital soll hier vorangehen. Wir werden in der 3. Lesung für die Streckung dieser widersinnigsten aller Forderungen stimmen. (Präs. Dr. Kaempf rügt den Ausdruck.)

Abg. Gothein (Rp.): Es ist Aufgabe der Kolonialverwaltung, Nachforschungen nach vorkommenden Naturerzeugnissen in den Kolonien anzustellen. Das ist keine Abneigung. Es ist die Pflicht der Verwaltung, hier einzutreten.

Abg. Dr. Brand-Mannheim (Soz.): Die Haltung des Centrums zeigt einen seltsamen Widerspruch. In der Kommission sprach es ganz anders. Wir sind immer für Kulturforderungen zu haben gewesen. Das haben wir schon in der Baumwollfrage gezeigt.

Abg. Dr. Baasche (nl.): Das Privatkapital will natürlich auch einen Erfolg sehen, wenn es in die Kolonien geht. Petroleumbohrungen sind sehr schwierig, kostspielig und langwierig. Hier kann man immerhin den Versuch machen. Wir wünschen ihm besten Erfolg.

Abg. Gezeberger (Ctr.): Wir haben in der Kommission genau so gesprochen, wie hier im Plenum. Am besten würde man ganz Neu-Guinea für Petroleumbohrungen sperren. Jede Minute ist kostbar. Der Staatssekretär sollte die Sperre sofort telegraphisch anordnen. Eine geringe Summe ist aber nach der Auffassung Sachverständiger der größte Unfug. Das Geld wird nur zur Verleumdung, ohne daß etwas erreicht wird. Vom Petroleummonopol darf man die Erschließung Neu-Guineas nicht abhängig machen, sonst dauert es noch 20 Jahre. Eine baldige Erschließung der Kolonien ist aber wünschenswert, weil dann die Abgaben steigen und der Reichszufluss sinken muß. Deshalb wünschen wir dem deutschen Privatkapital, wenn es sich dort betätigt, besten Erfolg.

Staatssekretär Dr. Solf: Die Sperre braucht nicht eingeführt zu werden, sie ist bereits am 26. vorigen Monats telegraphisch von mir angeordnet worden. (Lebh. Beifall.) In Verhandlungen mit den Privatgesellschaften mußte ich mir Zurückhaltung auferlegen und sie schließlich abbrechen, weil meine Maßnahmen die besten Pläne der Regierung durchkreuzt hätten. Keine persönliche Stellung zum Petroleummonopol ist ganz gleichgültig. Wir wollen aber Untersuchungen haben, ehe wir das Privatkapital ermutigen, hinauszuweichen. Wenn es soweit ist, muß ich auch entsprechende Verträge abschließen können. Das kann ich aber nur, wenn ich weiß, wie das Petroleum beschaffen ist. Die Haltung des Centrums ist, da es unsere Forderung selbst erhöht, doch nicht ganz unsympathisch.

Abg. Dr. Waldheim (Rp.): Kollege Gezeberger hat sich in der Kommission ausdrücklich für die 500 000 Mark erklärt. (Hört! Hört! und Heiterkeit.) Große Konzessionsgesellschaften wollen wir nicht mehr haben.

Abg. Dr. Oertel (Soz.): Für die Sperre von ganz Neu-Guinea sollte Herr Gezeberger dankbar sein und alles bewilligen. (Abg. Gezeberger (Ctr.): Das wäre Aufhebel!) Rein, Liebe und Gegenliebe (Heiterkeit). Zuerst muß doch das Vorkommen von Petroleum festgestellt werden. Deshalb ist mir der Widerspruch unverständlich. Ueberhaupt, wie kann man hier von Unfug sprechen? Der Reichstag beschließt keinen Unfug. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Brand-Mannheim (Soz.): Abgesehen vom Unfug stimme ich Dr. Oertel zu (Heiterkeit). Die Summe hat mit dem Petroleummonopol nichts zu tun. Die Ausstraße schließt.

Abg. Reinath (nl.) fordert Schutz der Paradiesvögel.

Staatssekretär Dr. Solf: Der Wildstand in den Kolonien ist erheblich ausgedehnt worden. Für die Erhaltung seltener Arten und Tiere wird gesorgt. In dem temperamentvollen Streit über die Paradiesvögel stand ich zuerst auf Seite der radikalen Schutzfreunde. Später hörte ich, daß im Innern des Landes es noch eine Unzahl Paradiesvögel gibt und eine Gefahr ihres Aussterbens nicht zu befürchten ist. Wir haben jetzt ausgedehnte Referate gehalten und vor allem angeordnet, daß anderthalb Jahre lang Paradiesvögel nicht geschossen werden dürfen (Beifall.) Die Frist werden wir vielleicht verlängern. Gemäß der Schutz nicht, werden wir ihn ausdehnen. Sont werden wir die Paradiesvogeljaagd so ordnen, wie die Jagd in unserer Heimat.

Abg. Dr. Baasche (nl.): Der Staatssekretär hätte radikaler sein, es beantworten können und die Schutzzeit länger ausdehnen.

Abg. Baasche (Soz.): Herr Baasche hätte nur gestern in derselben Weise für die schwarzen Menschen eintreten sollen. Die Federhändler können ja Paradiesvögel jagen und sich so Geld verdienen.

Staatssekretär Dr. Solf: Das Argument, die Federhändler würden geschädigt, habe ich fallen lassen. Der Etat für Neu-Guinea wird bewilligt.

Samoa.

Abg. Ledebour (Soz.): Samoa ist kein Mutterland. Wir haben mit 203 gegen 133 Stimmen, also einer Mehrheit, wie sie sonst nur bei Mißtrauensvoten gegen den Reichstanzler üblich ist, beschlossen, daß über die zwischen Weihen und Karibigen sichereschloß werden. Trotzdem ist nichts geschehen. Ein Verbot der Mischchen erliedigt nicht. Es ist eine Barbarei, Mischchen zu verbieten, unter den jetzigen Verhältnissen sind sie eine Naturanwendung.

Abg. Schult-Bromberg (Rp.): Selbstverständlich legen die Richter in Samoa Wert darauf, als Staatsbeamte selbständig zu entscheiden. Man soll ihnen diese Selbständigkeit nicht nehmen.

Abg. Ledebour (Soz.): Der Verwaltungsbeamte hat sich an die gesetzlichen Vorschriften zu halten. Der Staatssekretär hat ja selbst Einfluss auf die Richter genommen.

Staatssekretär Dr. Solf: Es gibt keinen als Staatsbeamten fungierenden Richter, der sich Anweisungen gefallen läßt. (Abg. Ledebour: Wo steht das im Gesetz?) Das steht im Herzen des Richters, daß er sich keine Vorschriften aufhängen läßt, die ihn in Zweifel mit seinen richterlichen Gewissen bringt. Ich habe in der Frage lediglich Grundsätze mitgeteilt, deren Anwendung sich empfiehlt, wobei aber in jedem Einzelfall die Besonderheiten ausdrücklich zu prüfen wären. Die Mehrheit des Hauses und wohl auch des Volkes hält die Mischchen für unerwünscht. Ihr Verbot ist unnötig, weil die Leute einmischen haben, daß solche Eben eines Weihen unwürdig sind. Im allgemeinen werden sie also wohl nicht mehr vorkommen. Andernfalls müssen sich die Gouverneure damit abfinden, ohne gegen die Befehle zu verstoßen. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Schult-Bromberg (Rp.): Der Richter muß selbständig entscheiden und darf sich nichts dreinreden lassen.

Abg. Ledebour (Soz.): Auf Grund welchen Gesetzes sind die Mischchen jetzt verboten? Ich frage jetzt zum dritten Male.

Abg. Stamm (Wirtsch. Bg.): beantragt, die Mittel zum Bau einer Quarantänestation zu bewilligen. Der Antrag wird angenommen und der Etat für Samoa erledigt.

Ostafrika.

Resolutionen der Budgetkommission verlangen Mitteilung über die Bedeutung der Hausflaaserei und Arbeiterbeschäftigungsmöglichkeiten, hauptsächlich bei den Waldarbeiten.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Rp.): Neben den Missionsschulen leisten die Regierungsschulen hervorragendes, sie müssen ausgebaut werden. Die Lehrer selbst sollten ihre Ausbildung in staatlichen Anstalten erhalten. Die Regierung soll die Schulhoheit wie bisher festhalten.

Staatssekretär Dr. Solf: Die Missionen waren früher gegen die Regierungsschulen eingenommen, weil sie angeblich den Islam stützten. Inzwischen werden sie davon zurückgenommen sein, sie haben auch keinen Anlaß dazu. Wohnanbaubehördliche Eltern schicken ihre Kinder nicht in christliche Schulen und selbstverständlich haben daher die Regierungsschulen mehr Schüler als die Missionen. In Samoa muß der Elementarunterricht den Missionen vorbehalten, die Ausgezeichneten gleichwohl haben. Die Einwohner sind sämtlich Christen; jeder mit Ausnahme von ganz alten Leuten kann lesen und schreiben. Das würde er nicht ohne staatlichen Schulzwang. Wir haben nachher eine gedebene Schule begründet, die fähige junge Leute zum Dienst bei Kaufleuten oder im Amtsdienst vorbereitet. In Ostafrika und Kamerun können wir auf Regierungsschulen nicht verzichten, schon weil gar nicht genug getan werden kann, um das Schulwesen zu fördern. Der Lehrstand unserer Kolonien kann nur lobend genannt werden. Die Lehrer haben ein schweres Amt. Ausgebildet werden sie grundsätzlich auf dem orientalischen Seminar.

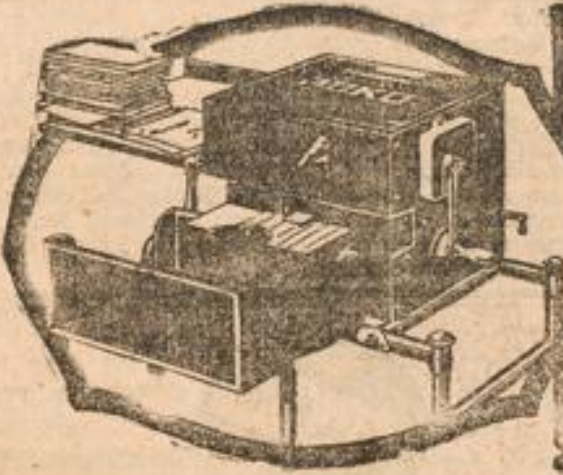
Abg. von Wühlenshoff (Soz.): verlangt einen weiteren Ausbau des Bahnnetzes. Esfreulich ist die Erhöhung der Aufwendungen für die Landesverfassung.

Abg. Dr. Arendt (Rp.): Im Hinblick auf den Islam müssen die Regierungsschulen aufrecht erhalten und gefördert werden. Aber hauptsächlich sollen die Kinder deutscher Ansiedler besseren Schulunterricht erhalten. Ebenso ist eine Verschönerung des Hofsaalbaues von Dar-es-Salam notwendig. Eine Prüfung verdient die Frage, ob nicht die deutsche Währung, wie in den anderen Kolonien eingeführt werden soll. Bei der Währung der Tanganjikatabak hat uns man letzter Dr. Karl Petzsch vergessen, der uns Ostafrika erworben hat.

Abg. Ledebour (Soz.): Die Urwababak hat leider die Löhne, die dortige Bevölkerung zu unterjochen.

Das Haus vertagt sich: Donnerstag 2 Uhr: Kleinwohnungsgezet, Volkshochgezet, Luftverkeztgezet. Beiterberatung.

Schluß 6¼ Uhr.



Ich schütze den Kaufmann!

Ich,
die Postkontroll- u.
Frankiermaschine

POKO

Tausende dieser Postkontroll- und Frankiermaschinen sind überall in Handel und Industrie mit Erfolg in Benutzung. Glanzvolle Erfolge haben sich bei der sorgfältigen Beachtung der Anweisungen und der Verwendung des Prospekts sowie unveränderlicher Verfertigung durch Deutsche Post- und Eisenbahn-Verkehrswesen A.-G. (Abt. Poko) • Staaken-Berlin.

Auf Befehl

Humoreske von J. Merz

(Nachdruck verboten.)

Eintragung der besagten Ort, wo wir damals im ...

Wir das schloßähnliche Gebäude betraten, empfing uns ...

Nach einer Weile hörte ich ihn an das Fenster gehen, und ...

Gleich darauf fürzte er in einer höchst ergänzungsbedürftigen ...

„Sie, Herr Kamerad, da schau's mal raus in den Garten, ...

„Sie“, fuhr er fort, „das ist eine aus dem heiligen Jahre ...

„Ich hatte das reizende Kind schon längst gesehen gehabt, ...

„Ketter Käfer“, brauste er auf, „haben Sie Augen, Herr? ...

Der Hauptmann schwebte offenbar in allen sieben Liebes- ...

„Das ist was für meines Vaters Sohn“, fuhr er fort, ...

„Verzeihung, Herr Hauptmann, wenn Sie von einem Ba- ...

Er schaute mich mit einem Blick an, in dem ebenso viel ...

Dann wendete er sich und zog sich in seine Gemächer zurück. ...

„Na“, brauste er auf, „wenn Sie nicht wollen, so machen ...

Mädchen nur einen außerordentlich mäßigen Eindruck auszuüben ...

Bei dem offiziellen Besuch, den wir eine Stunde später ...

Den nächsten Morgen, es war gerade ein Ruhetag, hatte ich ...

„Sie“, sagte er, „hören's mal, das ist ja eine ganz verfluchte ...

Er muß es gemerkt haben, daß ich mich ihr zu nähern ...

Ich schnitt ein höchst betrübtes Gesicht, stieß einige unarti- ...

„Ja, wenn der Häuptling sonst ein unangenehmer Mensch ...

„Wenn ich mir also den Anschein gab, als sei ich im Begriff ...

Und da ich am Schluß meiner Ueberlegung zu dem Resul- ...

„Na“, brauste er auf, „wenn Sie nicht wollen, so machen ...

„Bitte tausendmal um Entschuldigung, der Herr Hauptmann ...

„Entschuldigen der Herr Hauptmann, ich habe mich nur ...

„Na, lassen wir das ... ich wollt' es Ihnen nur sagen, ...

„Ob er nicht aufgeschritten hat, das hab' ich nicht erfahren, ...

„Bitte tausendmal um Entschuldigung, der Herr Hauptmann ...

die Welt nicht mehr. Wenn wir in ein Quartier kamen, wo ein ...

Natürlich war er meilenweit entfernt, seine idealen An- ...

Genügt hat ihm auch dieses Manöver so viel wie nichts. ...

„Sie“, sagte eines Morgens der Häuptling zu mir, „wenn ...

Also bestiegen wir unsere Schlachtmöuse und überraschten ...

Wir unterhielten uns vorzüglich und als wir ziemlich spät ...

„Sie“, sagte eines Morgens der Häuptling zu mir, „wenn ...

„Bitte tausendmal um Entschuldigung, der Herr Hauptmann ...

„Entschuldigen der Herr Hauptmann, ich habe mich nur ...

„Na, lassen wir das ... ich wollt' es Ihnen nur sagen, ...

„Ob er nicht aufgeschritten hat, das hab' ich nicht erfahren, ...

„Bitte tausendmal um Entschuldigung, der Herr Hauptmann ...

„Entschuldigen der Herr Hauptmann, ich habe mich nur ...

„Na, lassen wir das ... ich wollt' es Ihnen nur sagen, ...

„Ob er nicht aufgeschritten hat, das hab' ich nicht erfahren, ...

„Bitte tausendmal um Entschuldigung, der Herr Hauptmann ...

„Entschuldigen der Herr Hauptmann, ich habe mich nur ...

„Na, lassen wir das ... ich wollt' es Ihnen nur sagen, ...

Bruchbänder advertisement with logo and text: leicht gearbeitet, den Bruch gut zurückhaltend...

Kohlen-Ruppert advertisement listing various types of coal and prices: Billige Nusskohlen, la Ruhr-Nusskohlen, Ruhr-Brech-Koks...

Für die Missionszeit advertisement listing various mission-related items and prices: fünf Andachten zur würdigen Vorbereitung auf eine heilige Volksmission...

Hermann Rauch, Wiesbaden advertisement: Buchhandlung der Rheinischen Volkszeitung, F. J. Petry, Dentist, Bingen a. Rh.

Kolonialw.-Einrichtung advertisement: 2 Kisten mit Wärmepfanne, Getreidefresser preiswert zu verkaufen...

Billiges Hühner-Futter! Kleinweizen! advertisement: 150 Pfund 11.-, mit Eiern, versendet gegen Nachnahme...

Pianino advertisement: direkt von einer renommierten und leistungsstarken Firma bezogen, ist stets das Beste...

L. Rettenmayer advertisement: Hofspediteur Sr. Majestät Grossfürst, Russ. Hofspediteur, Spedition und Möbeltransport...

